3. Jahrgang / Nr. 126

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche. 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 5,10 Mk. für den Monat. Postscheckkonto Nr. 23995 „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H." Breslau. Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 58 37

Sonnabend, den 11. Juni 1921

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk. auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3 gespalten oder deren Raum im Text 3.— Mk.

General Hoefer und die Löbesozialisten

Die Vorgänge in Oberschlesien, die durch das Ultimatum der Entente an den General Hoefer wohl ihren kritischsten Höhepunkt erreicht haben, zeigten wieder einmal das Verhalten der SPD. in demselben Licht, in dem sich diese Partei seit den Augusttagen 1914 dem deutschen Proletariat so oft gezeigt hat.

Es war der Chefredakteur der in Breslau erscheinenden rechtssozialistischen „Volkswacht", der in einem Leitartikel das Einsetzen des deutschen Selbstschutzes, eine Mobilmachung der bayrischen Orgesch forderte, als die polnischen Insurgenten Oberschlesien bedrohten. Angesichts der großen Gefahr, die angeblich das deutsche „Vaterland" bedrohte, in Wahrheit nur das Eigentum der deutschen Grubenbarone, war es dem tapferen Leitartikelschreiber sogar gleichgültig, wer die Führung der auf rechtssozialistischen Wunsch mobilisierten Orgeschfreiwilligen übernehmen sollte.

Es war kein Zufall, daß diese vertrauenswürdige Person der aus der glorreichen Noskezeit her gut bekannte General Hoefer war. Die aus Bayern herbeigeeilten „echten" Oberschlesier schenkten nicht unbegründet diesem General ihr Vertrauen. General Hoefer hat im Kampf gegen revoltierende Arbeiter eine Praxis. General Hoefer war der Mann, den Orgesch braucht, wenn es mit Hepp-Hepp gegen die Arbeiter geht.

Die sozialdemokratische „Volkswacht" beeilte sich natürlich sofort, dem „Erwählten" ihr allerunterthänigstes Vertrauen auszusprechen.

In alter guter Speichellecherei hob die „Volkswacht" den Noske-General in den Himmel. Der „bewährte Frontsoldat" wurde als der Mann hingestellt, der allein fähig war, „Ordnung" in Oberschlesien zu machen und der auch (es war die felsenfeste Ueberzeugung der Volkswacht) dafür sorgen würde, daß etwaige deutschnationale Dunkelmänner in den Selbstschutzformationen nicht auf putschistische Gedanken kämen. Alte Kriegserinnerungen wurden sogar ausgekramt. Hoefer wurde als ein strenger, aber gerechter Offizier beweihräuchert.

Nun — die Praxis hat wieder einmal gezeigt, wie ernst zu nehmende Politiker die sozialdemokratischen Redakteure und Parteisekretäre sind.

Nicht allein, daß sozialdemokratische Redakteure (allerdings nicht solche, die wie Herr —m in Breslau weit vom Schuß sitzen!) am eigenen Leibe die Güte des auf sozialdemokratischen Wunsch mobilisierten Selbstschutzes zu fühlen bekamen, auch der tüchtige General Hoefer hat den sozialdemokratischen Erwartungen einen schlimmen Strich durch die Rechnung gemacht.

General Hoefer mußte selbst zugeben, daß er seine Leute nicht mehr in der Hand habe. Damit hat sich der „bewährte Frontsoldat" allerdings ein tüchtiges Armutszeugnis ausgestellt.

Die Sozialdemokraten, die diesen Orgeschgeneral in den Sattel gehoben haben, natürlich auch unverantwortlich, wie sie nun einmal sind, wenn es gilt, die Interessen der Arbeiter zu wahren, liebäugeln sie erst mit der Reaktion, um dann als die ersten Reißaus zu nehmen, wenn die poussierten Kappisten zu putschen anfangen. (Siehe die Noskeregierung auf der Flucht nach Stuttgart.)

Wenn sich morgen die wilden Horden des Selbstschutzes durch schlesisches Gebiet sengend und brennend wälzen und den unbewaffneten Arbeitern die Schädel einschlagen, trifft alle Schuld die schlesischen Sozialdemokraten, die auf das unverantwortlichste für den Orgesch-Selbstschutz eintraten und die Gefahr erst großzüchten halfen, durch die morgen schon Schlesien in hellen Flammen aufgehen kann.

Nachdem General Hoefer erklärt hat, keine Macht mehr über seine Insurgenten zu haben, die vor Mord- und Raublust brennen, wird vielleicht Herr —m die nicht auf ihre Kosten gekommenen deutschen Selbstschutzleute nach Hause führen.

Zu einer Bewaffnung der Arbeiter Schlesiens, die als erste den zurückflutenden Mordbuben ausgesetzt sind, ist es bis jetzt noch immer nicht gekommen. Dagegen tritt die Sozialdemokratie Schlesiens auch heute noch immer in Versammlungen und in der Presse für den Selbstschutz ein.

So sieht der Stampferabsenker —m in der „Volkswacht" nicht in dem Vorgehen der Hoefer-Insurgenten eine Gefahr für das deutsche Volk, sondern in der Bildung einer neutralen Zone, durch die nur ähnliche Vorfälle möglich werden könnten, wie der blutig verlaufene Zusammenstoß zwischen deutschen Insurgenten und französischem Militär. (Siehe Leitartikel „Volkswacht" Nr. 131.)

Nach solchen Methoden Politik machen, kann natürlich nur deutschen Sozialdemokraten vorbehalten bleiben. So hält man sich die Reaktionäre als gute Freunde und sorgt immer wieder, daß der Arbeiterschaft die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Die schlesischen Sozialdemokraten stellen sich immer mehr als den radikalen Flügel hin. Sie halten sich in Schlesien für eine Hochburg. Nun, die Sozialdemokratie Schlesiens hat diese Macht nicht benutzt, sie hat gerade während des gegenwärtigen nationalistischen Rummels schmählich versagt. Während Herr Löbe in Berlin dem Oberschlesienrummel präsidierte, haben die kleinen Bonzen in Schlesien selbst eifrig an der nationalistischen Hetze teilgenommen.

Wieder einmal hat die Sozialdemokratie der Reaktion in den Sattel geholfen. Wieder einmal haben sie in blödester Verkennung der Tatsachen eine Gefahr in Szene helfen setzen, die den Arbeitern den Hals brechen kann.

Wenn auch der trutzige General Hoefer scheinbar eingelenkt und seine Macht an die englischen Weißgardisten abgetreten hat, so ist damit die Orgeschgefahr für Schlesien noch lange nicht beseitigt.

Die deutschen Mordbrenner werden nur unter der Bedingung verzichtet haben, sich auf den polnischen „Feind" stürzen zu dürfen, wenn sie sich dafür an dem inneren Feind schadlos halten können.

Diese Kainsschuld wird den Löbe-Sozialisten noch einmal auf der Stirn brennen.

Statt Lohnzulage – blaue Bohnen!

Den Gewerkschaftsbonzen ist es nicht gelungen, den Streik im Waldenburger Kohlenrevier abzuwürgen. Die 8 Pfennige Zulage pro Stunde, die die „siegreichen" Führer aus diesem Streik mitbrachten, haben die Bergleute dankend abgelehnt.

Der Streik geht weiter.

Die Unzufriedenheit mit den „Leistungen" der Gewerkschaftsführer ist bei den Bergarbeitern ungeheuer gewachsen.

Eine neue Streikleitung wurde gewählt.

Eine Streikleitung, die sich aus Vertretern sämtlicher Parteien zusammensetzt. Die bürgerliche Presse lügt, wenn sie von einer kommunistischen Streikleitung spricht. Die mehrheitssozialistischen Arbeiter selbst haben kein Vertrauen mehr zu ihren Führern.

Das schamlose Angebot hat den Führern das Genick gebrochen.

Gewaltige Massenversammlungen finden im gesamten Streikgebiet statt. Ueberall zeigt sich der Unwille der Massen über das verräterische Verhalten der Gewerkschaftsführer. Ueberall zeigt sich aber auch ein geschlossener Wille, weiter zu kämpfen.

Es geht nicht um phantastische Forderungen.

Die bürgerlichen und sozialistischen Blätter lügen, wenn sie berichten, daß die Kommunisten die Not der Kumpels für ihre Parteizwecke ausnutzen wollen.

Die Bergleute wollen nur kämpfen, bis sie ihre Forderung von 10 Mark Schichtzulage durchgesetzt haben.

Die Bergleute kämpfen einen schweren Kampf um ihre Existenz.

Verlassen und verraten von den Führern, auf die sie erst ihr unbedingtes Vertrauen gesetzt haben, stehen sie jetzt allein in ihrem Kampf und sind doch stärker, gestützt auf die eigene Kraft.

Die Mehrheit ist zum Weiterkampf entschlossen.

Ueber diese Anmaßung der Bergarbeiter sind die Grubenkönige natürlich empört. Sie wollen nicht auf ihre dicken Dividenden verzichten, die Kumpels können sich mit Bettelpfennigen begnügen.

Die Aktionäre 300 Prozent Dividende — die Arbeiter 65 Pfg. den Tag!

Das ist das Ziel der Kapitalisten. Das ist ihre „göttliche Weltordnung".

Sie wollen fressen, saufen und huren, die ausgemergelten Proletarier mögen verrecken.

Und wenn die Arbeiter zu murren wagen, kommt die Peitsche.

So soll es jetzt auch in Niederschlesien werden.

Am Dienstag und Mittwoch sind je fünf Hundertschaften Sicherheitspolizei nach dem Waldenburger Streikgebiet abgefahren.

Der Hunger der armseligen Kumpels soll

mit blauen Bohnen

gestopft werden. Was den Gewerkschaftsführern nicht gelang, sollen nun

die Maschinengewehre

besorgen.

Niederschlesien soll ein zweites Mitteldeutschland werden!

Arbeiter und Genossen!

Eure Pflicht ist es, mit den im schweren Kampfe stehenden niederschlesischen Bergarbeitern

aktive Solidarität

zu üben.

Ihr dürft nicht mit verschränkten Armen beiseite stehen und zusehen, wie Weißgardisten Eure Arbeitsbrüder niederknüppeln.

In Niederschlesien ist der Streik bisher in Ordnung und mit Disziplin geführt worden.

Wenn aber jetzt bis unter die Zähne bewaffnete Polizeisoldaten in das Streikgebiet kommen, muß angesichts der sowieso schon großen Entrüstung unter den schwer enttäuschten Bergarbeitern

mit einem Blutbad

gerechnet werden. Aber nichts anderes will ja die Regierung. Der Widerstand der Arbeiter soll gebrochen werden, und wenn es nicht anders geht, dann mit Maschinengewehren.

Arbeiter und Genossen in Stadt und Land!

Das Rezept, was die Mehrheitssozialisten Hörsing und Severing in Mitteldeutschland gegen die Arbeiter angewendet haben, soll jetzt gegen die niederschlesischen Bergarbeiter benutzt werden.

Schon greift die Bourgeoisie zur Lüge.

Wie man in Mitteldeutschland gegen „Diebe und Verbrecher" hetzte, so lügt man jetzt von einer kommunistischen Streikleitung und von kommunistischem Gesindel, was nur faulenzen will.

Das ist nicht wahr!

Die Arbeiter in Niederschlesien, die sich mit 8 Pfennigen Zulage nicht begnügen wollen, sind in ihrer überwältigenden Mehrheit organisiert und **gehören der sozialdemokratischen Partei an.**

Aber danach fragt ja das bürgerliche Verleumdungsgesindel wenig.

Die Oeffentlichkeit soll getäuscht werden. Darum schwindelt man, daß es bei dieser

Polizeiaktion

auch nur gegen Gesindel und Diebe geht.

An der Spitze dieses

Verleumdungsfeldzuges der eigenen SPD.-Arbeiter

marschieren natürlich die SPD.-Blätter.

Die Breslauer Volkswacht, die Liegnitzer und die Görlitzer Volkszeitung, die Bergwacht, sie alle hetzen eifrig mit gegen die eigenen Parteigenossen, die man für vogelfrei erklärt, wenn sie sich gegen die Hungerpeitsche empören.

Arbeiter der SPD. und USPD., gerade der Kampf der schlesischen Bergarbeiter zeigt euch, daß die Bourgeoisie zwischen euch und den Kommunisten keinen Unterschied macht. Wenn ihr nicht nur mit Phrasen eure Existenz aufbessern wollt, wie es die Gewerkschaftsführer tun, sondern ernstlich an die Verbesserung eurer wirtschaftlichen Verhältnisse herangeht, tritt euch die Bourgeoisie ebenso mit allen Machtmitteln entgegen, wirft euch die Bourgeoisie auch mit Maschinengewehren nieder.

Der Kampf der niederschlesischen Bergarbeiter muß die aktivste Solidarität des gesamten deutschen Proletariats finden.

Der Lohnkampf der niederschlesischen Bergarbeiter darf nicht in einem Blutmeer ersäuft werden.

Der verzweifelte Existenzkampf der niederschlesischen Bergarbeiter muß allüberall Hilfe und Unterstützung finden

Nieder mit dem Kapitalismus!

Nieder mit den weissen Garden!

Es lebe die einheitliche, wirtschaftliche und politische Kampffront der Arbeiter!

Die Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Unabhängigen ist wieder da.

Aus Oberschlesien laufen wieder Kriegsberichte ein, die das Herz jedes braven Kaisertreuen höher schlagen lassen müssen. Die ganze bürgerliche Presse berichtet im bekannten Kriegsberichterstatterton darüber. Die „Freiheit" druckt die Kriegsberichte ab, ohne ein Wort des Kommentars dazu. Nach der Auswahl der Meldungen ist eindeutig zu ersehen, daß sie sich auf die Seite der deutschen „Heimattreuen" stellt. Sie berichtet nur von den Kampfhandlungen der polnischen Orgesch, ohne die der deutschen zu erwähnen, und dazu gibt sie die Zitate aus der englischen Presse, die das Recht der Deutschen auf ihre Selbstschutzorganisationen betonen. Unsere weichherzigen Pazifisten, die soviel vom Terror der Bolschewisten geschrieben haben, finden jetzt kein Wort des Kampfes gegen General Höfer und seine oberbayerischen „Heimattreuen".

Noch viel weiter geht der **„Vorwärts"**, der in einem langen Spitzenartikel unter dem Titel **„Ein verständiger Führer" General Höfer und seine Truppen verherrlicht.** Höfer versicherte dem Berichterstatter des „Vorwärts", daß er seine Truppen nur zu dem durchaus loyalen Zusammenarbeiten mit den englischen Streitkräften bereithalte. Mit den Engländern und Italienern gab es bis jetzt auch keine Differenzen. Franzosen seien leider unvorsichtigerweise ein paar in der Nacht erschossen und ein paar verwundet worden, aber er habe sich dann bei den französischen Offizieren entschuldigt, und seine Truppen können wirklich nichts dafür, da die Franzosen den polnischen Soldaten so verflucht ähnlich sehen. Die gefangenen Franzosen habe er übrigens sofort an das französische Kommando abgeliefert. Wenn so etwas nicht mehr vorkommen soll, dann müsse eben eine enge Fühlung zwischen Franzosen und ihm hergestellt werden. Im **Selbstschutz bestehe natürlich der dringende Wunsch, aktiv an der Befreiung der Heimat mitzuwirken, und für ihn als einen alten Soldaten sei das sehr begreiflich, aber er würde tun, was er könne, um seine Kräfte „aufs äußerste" zurückzuhalten. Die Gerüchte über eine reaktionäre Stimmung und eine üble Zusammensetzung der Selbstschutztruppen seien erlogen. Gewiß seien einige Angehörige des Selbstschutzes nicht so, wie man sie wünschen möchte, gestimmt** (wahrscheinlich meint er ein paar vermeintliche Republikaner in dem Selbstschutz), **die Gerüchte in einem Teil der Presse seien „übertrieben", er gebe sein Wort darauf** (großes Offiziersehrenwort ohne Vorbehalte), **daß von einer reaktionären Gefahr für Deutschland keine Rede sein könne.**

Der sozialdemokratische Kriegsberichterstatter erklärt ausdrücklich, daß er diese Worte des General Höfer nach eigener Prüfung bestätigen kann.

Während die sozialdemokratischen Arbeiter und selbst die sozialdemokratischen Organisationen in Schlesien mit den Gewerkschaftlern zur Bewaffnung des Proletariats gegen die von den Orgeschbanditen drohende Gefahr schreiten wollen, stellt sich der „Vorwärts" auf die Seite der Orgeschbanditen und bekämpft so seine eigene Organisation. **Von Tag zu Tag gesteigert lebt der „Vorwärts" sich wieder in die Kriegshetzstimmung von 1914 ein.** Zum Schluß versichert der Kriegsberichterstatter daß die Person des General Höfer eine wirkliche ernsthafte Garantie gegen jede ernste innerpolitische Gefahr und gegen die Drohung außenpolitischer Verwicklungen durch die deutschen Abwehrtruppen sei. Dieser Artikel hätte Wort für Wort so ebenfalls in einem Blatt der Deutschen Volkspartei stehen können.

An Kriegsmeldungen liegen vor:

(W.T.B.) Ratibor, 8. Juni.

Mit Ausnahme einiger örtlicher Kampfhandlungen herrschte heute im allgemeinen an der von den polnischen Banden besetzten Linie Ruhe. Stärkere Feuertätigkeit bei Wissoka. Angriffe der Insurgenten gegen den Güterbahnhof Kandrzin scheiterten. Die Stadt Ratibor wurde von polnischer Artillerie beschossen. Rosenberg ist gestern durch die Engländer besetzt worden.

Die englische Presse stellt sich im allgemeinen auf die Seite der deutschen Bourgeoisie und spricht ihr das Recht zum Kampf gegen die polnische zu. Der englische Ministerrat beschloß durch Schaffung einer von den alliierten Truppen zu besetzenden neutralen Zone die Herstellung der Ordnung zu beschleunigen. Der deutsche Selbstschutz werde von den Alliierten abgelehnt.

Das Morden im Interesse der polnischen, des deutschen und des Ententekapitals ist wieder im Gange. Der „Vorwärts" steht gewohnterweise in den ersten Reihen der Kriegshetzer. Die „Freiheit" billigt das Treiben. — Statt Krieg dem Kriege — Burgfrieden; würdig der Vergangenheit der Sozialdemokraten und eines Teiles der Unabhängigen zumindest: denn wir können nicht annehmen, daß die ganze Unabhängige sozialdemokratische Partei das schamlose Treiben ihrer Zentralleitung billigt.

Klassenjustiz und die Gewerkschaften.

Seit es eine Arbeiterbewegung, seit es Gewerkschaften gibt, hat nichts mehr die Empörung der Arbeiterschaft hervorgerufen, als die feige und scheinheilige Klassenjustiz. Vor dem Krieg sahen es die Gewerkschaften als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an, ihre Mitglieder vor der brutalen Justiz zu schützen.

Seit November 1918 ist das anders geworden. Von den Gewerkschaftsleitungen und Verbandsblättern hört man nichts mehr gegen die parteiische Rechtsprechung der bürgerlichen Gerichte. Keine Proteste gegen die Bluturteile werden laut, keine Maßnahmen unternommen, um die Arbeiter vor Zuchthaus und Gefängnis zu schützen. Warum das? Ist die Klassenjustiz abgeschafft, sitzen in den Gerichten Arbeiter, um über ihre Klassengenossen Recht zu sprechen? O nein!

Noch nie wird die Justiz mehr zur Dirne als heute. Noch nie hat die kapitalistische Klasse die „Rechtsprechung" so schamlos und parteiisch, gegen die Arbeiter gerichtet, handhaben können als seit der Novemberrevolution.

Der einzige Unterschied zwischen der Zeit vor der Revolution und jetzt besteht darin, daß die Mitglieder der früheren Regierung restlos Angehörige der oberen Zehntausend waren, während jetzt Sozialdemokraten mit in der Regierung sitzen und mitverantwortlich sind für alles, was im „Namen des Gesetzes" geschieht.

Ganz abgesehen davon, daß das Fortbestehen der Klassenjustiz jedem Arbeiter klar zeigt, daß die Beteiligung von Sozialdemokraten an dem kapitalistischen Charakter der Regierung absolut nichts geändert hat, stellen wir die Frage: **Können die Arbeiter, können sich die Gewerkschaften das Wüten der kapitalistischen Henkerjustiz noch länger ruhig und tatenlos gefallen lassen, nur deshalb, weil Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer mit in der Regierung sitzen?**

Nein, niemals! Sämtliche Arbeiter ohne Unterschied der Partei, sämtliche Gewerkschaften als Organe zur Vertretung der Arbeiterinteressen müssen sich gegen die Schandjustiz mit den schärfsten Waffen zur Wehr setzen. **Ueber Arbeiter,** die sich durch die Tat oder sehr oft nur durch das Wort gegen die kapitalistische Herrschaft aufgelehnt haben, werden **tausende von Jahren Zuchthaus** verhängt. **Kaltblütige Verbrecher, Wucherer, Arbeiter- und Soldatenmörder werden, nur weil sie Angehörige der herrschenden Klasse sind, freigesprochen** oder zu lächerlich geringen Strafen verurteilt.

Arbeiter, ob ihr der S.P.D., U.S.P.D. oder sonst einer Partei angehört, wollt ihr da noch länger schweigen? Ihr seid alle Mitglieder der Gewerkschaften. Wollt ihr, daß die Macht eurer Verbände, daß die unwiderstehliche Macht von 8 Millionen Mitgliedern ungenützt bleibt und noch weitere Tausende von Jahren Zuchthaus zu den bisherigen verhängt werden? Das ist unmöglich, das könnt ihr nicht wollen. **Ihr könnt nicht kaltblütig und teilnahmslos zusehen, wie noch weitere Tausende von Arbeiterfamilien von einer bestialischen Gesellschaft in den Abgrund gestoßen werden sollen.**

Wohl trennt euch die verschiedene politische Auffassung, aber dieser Meinungsstreit kann unmöglich so groß sein, daß er euch von einer gemeinsamen Aktion gegen das Wüten der weißen Justiz abhalten könnte. Die Gewerkschaften müssen, wenn sie von den Arbeitern noch als Organe zur Wahrung ihrer Interessen angesehen werden sollen, sofort eingreifen.

Arbeiter, Gewerkschaftsmitglieder! Zwinget eure Führer in den Verbandsvorständen, im A.D.G.B. und dessen Vertreter in der Regierung zum Handeln. Macht der Justizschande ein Ende. Alle Arbeiter, sämtliche Gewerkschaften müssen zum Kampf aufgerufen werden:

Gegen die Henkerjustiz!
Für die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen!

Gegen die Steueroffensive der Regierung.

In allen Teilen Deutschlands gehen die Unternehmer dazu über, durch **Arbeiterentlassungen, Lohnverkürzungen** und **Arbeitszeitverlängerung** den Arbeitern zum Bewußtsein zu bringen, was die Annahme des Ultimatums der Entente in Wirklichkeit bedeutet. Neben vermehrter **Ausbeutung durch den Unternehmer** droht der Arbeiterschaft wachsende wirtschaftliche Verelendung durch die Maßnahmen der Reichsregierung, die sich auf Wunsch der Parteien, von der Zentrums-Partei bis zu den Unabhängigen, dazu verpflichtet haben, **„alles daran zu setzen, um die übernommenen Verpflichtungen gegenüber der Entente zu erfüllen".**

Die Regierung muß an die Entente als Wiedergutmachungsbeträge vorläufig eine **feste Jahresrate von 2 Milliarden Goldmark** und eine **bewegliche Jahresrate im Werte von 26 Prozent der deutschen Warenausfuhr,** das sind **1½ Milliarden Goldmark,** zahlen. In Papiermark umgerechnet beträgt die Zahlungspflicht Deutschlands **über 50 Milliarden Mark jährlich.**

Im letzten Jahre betrug die Einnahme des Reiches 46 Milliarden Mark. **Das Reich muß also allein für die Zahlungen an die Entente jetzt noch mehr aufbringen, als es bisher eingenommen hat.**

Dadurch wird die bisherige Steuerbelastung pro Kopf von 960 auf 1800 Mark im Jahre steigen.

Eine vierköpfige Familie wird allein an Steuern statt 4 300 Mark in Zukunft 8 100 Mark zahlen müssen.

Das Kabinett Wirth kann sich diese Steueraufbringung **nur auf Kosten des Proletariats** vorstellen. Es ist im übrigen dazu durch die Resolution der Koalitionsparteien einschließlich der Unabhängigen im Reichstage ausdrücklich aufgefordert und ermächtigt worden. Der Reichskanzler **Wirth** hat daher in seiner Programmrede angekündigt, daß ein paar Besitzsteuern (Körperschaftssteuer, Börsensteuer, schärfere Einziehung der bestehenden Steuern) erhöht werden sollen.

In der Hauptsache aber werden die Konsumenten neu belastet durch **Erhöhungen der Branntweinsteuer, der Weinsteuer, der Biersteuer, der Tabaksteuer, der Zuckersteuer** und **der Kohlensteuer.** Die Wirkungen dieser neuen Steuern treffen hauptsächlich die Arbeiterschaft, und zwar durch **allgemeine Verteuerung der Lebensmittel, Bedarfsartikel und Mieten.** Der preußische Ministerpräsident **Stegerwald** hat den Gedanken des Reichskanzlers **Wirth** ganz allgemein dahin ausgedrückt,

daß die breiten Massen ihr bisheriges Lebensniveau nicht aufrechterhalten könnten.

Die Notlage und das Elend der Arbeitenden soll und wird also durch das Steuerprogramm der Regierung noch mehr vergrößert werden. Selbst für soziale und kulturelle Zwecke sollen die Ausgaben noch verringert werden, so daß als Gesamtwirkung des Regierungsprogramms eintreten wird eine unerhörte Ausbeutung, Verelendung und Knebelung des Proletariats.

Jeder Widerstand der Arbeiterschaft gegen diese Herabdrückung soll gebrochen werden durch die Reichswehr, Schupo und eine schrankenlose weiße Justiz.

Angesichts dieser Todesgefahr des Proletariats müssen die Arbeiter ihre Kräfte sammeln und überall dem Unternehmertum und der Regierung Widerstand leisten. Der **Mai-Aufruf der VKPD.** hat der Arbeiterschaft das Ziel vorgezeichnet, wie die Arbeiter ohne Unterschied der Parteien, wenn es sein muß, über die Köpfe der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbürokratie und der Parteiführer hinweg, in einer **gemeinsamen Kampfesfront** für ihre nächsten Lebensinteressen eintreten müssen.

Der ADGB. und die USPD. haben zwar je 10 Forderungen aufgestellt, aber weder die Gewerkschaften, noch die USPD. haben diesen Kampf auch nur für ihre eigenen Forderungen aufgenommen.

Die Gewerkschaftsbürokraten **Bauer, Schmidt** und **Silberschmidt** sind in das Ministerium eingetreten, dessen Finanzprogramm alles andere als eine Erfüllung der 10 Forderungen des ADGB. bedeutet. Die USPD. tut ebenfalls nichts, um ihre Forderungen durchzusetzen. Ihr Auftrag an die Regierung, alles daran zu setzen, um die übernommenen Verpflichtungen gegenüber der Entente zu übernehmen, schließt sogar ein **die Berechtigung zu den politischen Knebelungsmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft. Die USPD. trägt daher mit die Verantwortung für die Maßnahmen des Kabinetts Wirth.**

Die Arbeiterschaft muß wissen, welche Gefahren ihr durch die neue Steuerbelastung drohen. Sie muß alles tun, um diese Gefahren abzuwehren. Sie muß überall versuchen, die neuen Steuern auf die Schultern der Besitzenden zu wälzen. Die Aufbringung der Riesensummen ist die Pflicht der besitzenden und ausbeutenden Klassen, die durch ihren Profithunger und ihre Machtgier den Weltkrieg, die Ursache des heutigen Elends herbeigeführt haben. Die Arbeiterschaft weiß, daß das Fortbestehen des kapitalistischen Systems unvereinbar ist mit den Lebensinteressen der Arbeiterklasse.

Die Arbeiterschaft muß deshalb kämpfen

gegen Lohnabbau,
gegen Verlängerung der Arbeitszeit,
gegen jede Steuerbelastung,
gegen die Ausnahmegerichte,
gegen den Belagerungszustand,
für die Annullierung der Kriegsschulden,
für die Konfiskation aller Kriegsgewinne der Rüstungsindustriellen und Heereslieferanten und der arbeitslosen Vermögen und Einkommen!

Unternehmer- und Regierungs-Offensive in Württemberg.

Das oberste Gebot des kapitalistischen Staates zu dem rücksichtslosen Ausbeutungsfeldzug gegen das Proletariat ist die Mundtotmachung der revolutionären Presse. Nach diesem Grundsatz handelt die württembergische Regierung, die sich immer mehr als Werkzeug der Kapitalisten entlarvt. Nach wie vor steht der „Kommunist" unter Vorzensur. Es sind jetzt nicht nur weiße, sondern auch schwarze, wie überhaupt alle Zensurlücken verboten. Inzwischen greift die Bewegung unter der Arbeiterschaft Württembergs gegen die Willkürmaßnahmen der Regierung Hieber-Graf immer mehr um sich. Aus allen Teilen des Landes werden Proteststimmen gegen die Zensurschande laut. Die Arbeiter ohne Unterschied der Parteien nehmen im ganzen Lande in zahlreichen Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen Protestresolutionen gegen die Presseknebelung an.

Die Regierung Hieber-Graf wird es bei diesem Treffen wohl kaum zu einem Erfolg bringen. Daß sie sich davon nicht beirren läßt und weiter eine willige Kreatur in den Händen der württembergischen Unternehmer zu bleiben gedenkt beweist die Tatsache, daß sie sich als Stoßtrupp des Unternehmertums aufspielt. Bekanntlich setzt im ganzen Reich eine scharfe Kampagne der Unternehmer zum Abbau der Löhne und zur Beseitigung des Achtstundentages ein. Die württembergischen Unternehmer haben sich bisher noch nicht so offen hervorgewagt mit der Forderung des Abbaus des Achtstundentages. Die Regierung Hieber-Graf, die schon im Herbst vorigen

Jahrs den Unternehmerfeldzug gegen die Arbeiter unterstützt hat, teilt jetzt mit dem Abbau des gesetzlichen Achtstundentages als erste auf den Plan. In den Richtlinien, die das Württembergische Staatsministerium über die Dienstzeit der Beamten veröffentlicht, heißt es u. a., daß die wöchentliche Dienstzeit 48 Stunden beträgt. **„Es müssen jedoch die übertragenen Arbeiten ohne Rücksicht auf die festgesetzte Dienststundenzahl erledigt werden."** Bedeutet schon die 48stündige Arbeitswoche eine Ueberschreitung des Achtstundentages, da der freie Sonnabend-Nachmittag abgerechnet werden muß, so gehen die Vorschriften des Württembergischen Staatsministeriums noch weit über diese Ueberschreitung hinaus. Es heißt in diesen Vorschriften weiter:

„Wenn jedoch die dienstlichen Verhältnisse es erfordern, muß vorübergehend auch über diese Zeit genau so gearbeitet werden, ohne daß hierfür eine besondere Entschädigung gewährt wird. Die Dienstbereitschaft auch soweit sie in den Diensträumen selbst zu leisten ist, steht der Dienstzeit nicht gleich."

Diese Vorschrift bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß die mittleren und unteren Beamten wieder 12 bis 15 Stunden fronen müssen, wie vor dem Kriege. An den mittleren und unteren Beamten liegt es, diese Peitschenhiebe zu ertragen oder sich dagegen zu wehren. Wollen sie das letztere, dann müssen sie sich klar sein, daß sie dazu nur imstande sind, wenn sie mit den Arbeitern gemeinsam den Kampf aufnehmen.

Denn was sich die württembergische Regierung hier leistet, versuchen die Unternehmer jetzt mit neuem Mut im ganzen Lande gegen die Arbeiter. So wird aus Reutlingen berichtet, daß die Großspinnerei U. Gminder den Akkord eingeführt hat, obwohl sich zwei Drittel der Arbeiter dagegen ausgesprochen haben. Der erste Geschäftsführer des Textilarbeiterverbandes Siegmund (U.S.P.) hat seine Zustimmung zu dieser Unternehmermaßnahme gegeben. Die Firma Emil Adolf, Reutlingen, Papierfabrik, **teilte dem Fabrikarbeiterverband mit, daß sie ab 13. d. Mts. die gesamten Löhne um 10 Prozent heruntersetzen würde wegen „Unrentabilität des Betriebes." Die Bauunternehmer wollen den Neunstundentag einführen.**

Schneller als mancher glaubte, machen sich die Folgen der Sanktionen bemerkbar. Die Unternehmer und die Unternehmer-Regierungen geben sich alle Mühe, die aus den Sanktionen erwachsenden Mehrlasten auf das Proletariat abzuwälzen. Mehr denn je ist es erforderlich, daß das Proletariat ernstlich zum Kampf entschlossen ist. Um der Stinnesoffensive wirksam begegnen zu können, müssen überall Betriebsrätevollversammlungen und Betriebsräte-Kongresse verlangt werden, damit das Proletariat seine Abwehrmaßnahmen treffen kann.

Keine unnötige Besorgnis.

Im Reichswirtschaftsrat sprach der Reichskanzler Dr. Wirth über die Erfüllung des Ultimatums. Er erwähnte die Lage in Oberschlesien, in der das deutsche Volk „eine Engelsgeduld" an den Tag gelegt habe und verlangte die Regelung der oberschlesischen Frage auf dem Boden des „Rechtes". Dann ging er zu der eigentlichen Frage, der Erfüllung der wirtschaftlichen Forderungen des Ultimatums über. Er sprach über die Ergebnisse der Steuergesetzgebung der letzten Monate, über die neuen Zucker-, Zündstoff-, Branntwein-, Kapitalsverkehrs-, Getränk- und Umsatzsteuern, die in den nächsten Tagen zur Beratung stehen würden. Dann allerdings würden neue Probleme auftauchen im Zusammenhang mit der Kohle, und wieweit das Reich genötigt sein würde, die Frage der schärferen Besteuerung der Goldwerte zu diskutieren.

Diese Ausführungen des Reichskanzlers lösten bei den Vertretern der Arbeitgeber offensichtliche Erregung aus, und Herr Wirth beeilte sich, schnell besänftigend hinzuzufügen:

„Bekommen Sie nicht gleich rote Köpfe! Ich persönlich werde mich frei halten von jedem Experiment, das von vornherein den Charakter des Experimentes an der Stirn trägt."

Ein Stirnrunzeln der Unternehmer genügt, dem Reichskanzler das Spiel mit solch gefährlichen Worten, wie „Besteuerung der Goldwerte" (hinter denen nicht einmal Taten stehen) zu verbieten. Das Unternehmertum kann unbesorgt sein. Herr Wirth denkt wirklich nicht daran, „Experimente" zu machen. In diesem Zusammenhang versteht man auch, was er meint, wenn er von den „Opfern" spricht, „ohne die es nicht gehen wird", wenn „der Weg zur Freiheit" errungen werden soll. Diese Opfer werden die breiten Massen der Arbeiterschaft zu tragen haben. Das Unternehmertum hat sich längst vor ihnen gesichert, durch weit reaktionäre Garantien als die Wirthschen Erklärungen. Die Unternehmergruppe des Reichswirtschaftsrates hat diese Verhandlungen erst gar nicht abgewartet, sondern schon vorher eine private Expedition zum Reichspräsidenten unternommen.

Die „Freiheit" wagt es wirklich, zu der Wirthschen Erklärung zu schreiben:

„Es wird sich nun zeigen müssen, ob er den Willen hat und ob es ihm gelingt, die Dividendenschlucker zu diesen Opfern und Leistungen heranzuziehen."

Die politische Naivität der USPD. wirkt einfach lächerlich. Eben erst hat Herr Wirth die servile Verbeugung vor dem Unternehmertum gemacht, und nun verlangt die USPD. von eben demselben Herrn Wirth einen Angriff auf die Kasse eben derselben „Dividendenschlucker". Die Regierung Wirth hat längst gezeigt, daß sie sich schützend vor die Interessen des Besitzes stellen wird.

Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurde über die Beratungen des sozialpolitischen Ausschusses über das Gesetz, betreffend die Vertretung des Betriebsrates im Aufsichtsrat berichtet. Das Unternehmertum bemühte sich mehr oder minder offen die Betriebsrätevertreter im Aufsichtsrat zu rechtlosen Statisten zu machen.

Zum Schluß wurde ein Antrag eingebracht und angenommen, der die Reichsregierung ersucht,

„internationale Vereinbarungen anzustreben zur Feststellung von im Auslande befindlicher Vermögenswerte deutscher Staatsangehöriger".

Auch dieser Antrag wird, wenn er wirklich Gesetz werden sollte, ein Schlag ins Wasser bleiben.

Das ist die Wirtschaftspolitik des Wirth-Kabinetts, das sich noch immer der Unterstützung der Unabhängigen erfreut!

Breitscheid als Auslandsreisender der Regierung Wirth.

Dem Matin wird aus Berlin gemeldet, daß der Reichstagsabgeordnete Breitscheid der Führer der USPD., nach Rom gereist ist. Er hat von der deutschen Regierung den Auftrag erhalten, mit den **italienischen Arbeiterorganisationen** Fühlung zu nehmen, damit diese einen Druck auf die italienische Regierung in der oberschlesischen Angelegenheit ausüben.

Diese diplomatische Mission paßt zu Herrn Rudolf Breitscheid tadellos. Die USP. ist also glücklich so weit, daß ihre Führer im Ausland herumfahren, um dem deutschen Großkapital die oberschlesischen Gruben zu erhalten.

Escherisch rebelliert auf Wirths Wink.

Herr Escherich hat einem Mitarbeiter der schwerindustriellen „Post" sein Herz ausgeschüttet. Er beklagt sich bitter darüber, daß die Orgesch mit auf die Liste der zu entwaffnenden Selbstschutzorganisationen gesetzt sei. Er führt das Verhalten der Reichsregierung „nach seiner recht genauen Kenntnis der Verhältnisse" nicht so sehr auf den Druck der Alliierten als auf parteipolitische Einflüsse zurück. Zum Schluß seiner Ausführungen sagt er folgendes:

„Die Herren werden sich auch dieses Mal verrechnen. Wir sehen den Maßnahmen, die getroffen werden sollen, mit größter Ruhe entgegen. Auch wenn wir sollten der Gewalt weichen müssen — das Recht ist auf unserer Seite."

Und er droht:

„Unsere Gegner, mögen sie nun sitzen, wo sie wollen, sollen sich aber darüber klar sein, daß man eine große geistige Gemeinschaft, wie sie die Organisation Escherich darstellt, nicht durch Verfügungen beseitigen kann."

Das Spiel zwischen Escherich und Wirth geht also lustig weiter. Vor ein paar Tagen erst hat Wirth der Orgesch einen deutlichen Wink gegeben, als er feststellte, daß die bayerischen Bauern nicht restlos entwaffnet werden könnten. Bald hallt aus Bayern das Echo zurück: **die Angaben, die ein bayerischer Staatssekretär vor dem bayerischen Landtage über den Umfang der Bewaffnung der Einwohnerwehren gemacht hat, sollen, wie die Leitung der Einwohnerwehr behauptet, nicht mit den Tatsachen übereinstimmen.** Der Grund für dieses plötzliche Dementi der Angaben des für die bayerische Einwohnerwehr verantwortlichen Staatssekretärs ist wohl darin zu suchen, daß die Einwohnerwehr sich aufs lebhafteste bemüht, neben den vielen Hunderttausenden unangemeldeter Gewehre auch noch den größten Teil der angemeldeten für sich sicher zu stellen. Auf welchem Wege das geschieht, darüber bringt eine Meldung des bayerischen Organs der Unabhängigen „Der Kampf" Aufklärung. Danach hat Escherich auf dem Gründungsfest der Tiroler Heimwehren an die Tiroler Heimwehrleute die Aufforderung gerichtet, die bayerischen Einwohnerwehren und die Tiroler Heimwehren als eine bleibende und dauernde Einrichtung zu betrachten. Schon mehr als hunderttausend Gewehre und zwölfhundert Maschinengewehre sollen von Bayern nach Tirol verschoben worden sein. Herr Escherich gedenkt, sie sich einmal wieder zu holen, wenn er die Zeit dazu für gekommen erachtet.

So arbeitet die „geistige Gemeinschaft" des Herrn Escherich. Die Reichsregierung aber leistet dem großen bayrischen Entwaffnungsschwindel Vorschub, sie manövriert geschickt, um Herrn Escherich Zeit zu lassen, seine Organisationen in ein scheinbar harmloses Gebilde umzuwandeln und die Waffen in Sicherheit zu bringen. Es wird Zeit, daß die Arbeiter mit den Parteien brechen, die die Regierung Wirth unterstützen, es wird Zeit, daß sie endlich zur Selbsthilfe greifen. Von der Reichsregierung haben sie nichts zu erwarten; letzten Endes arbeiten Wirth, Escherich und Kahr doch Hand in Hand.

„Der Schrecken von Termonde."

Der fünfte Leipziger Kriegsverbrecherprozeß.

Vor dem Reichsgericht in Leipzig hat am 8. Juni der Prozeß gegen den früheren Feldpolizeibeamten stud. jur. Ramdohr, den Sohn eines „angesehenen" Leipziger Arztes, begonnen. Die Anklage legte diesen Hüter der geheimen Kriegsordnung zur Last, daß er in Belgien ohne Berechtigung **Massenverhaftungen, darunter von neunjährigen Kindern vorgenommen habe und die Verhafteten monatelang eingesperrt gehalten habe.** Außerdem habe er zur Erpressung von Geständnissen **Zwang und Körperverletzung** angewendet. In der Voruntersuchung konnte Ramdohr sich „auf nichts besinnen" und wird vom Präsidenten zur Aufgabe dieser Taktik ermahnt. Der Angeklagte erklärt, er werde aussagen, jetzt, wo er die Gewißheit habe, von deutschen Richtern beurteilt zu werden. (!)

Der Angeklagte hat sich unter der Bevölkerung den Ruhmestitel **„der Schrecken von Termonde"** erworben.

Der Angeklagte beruft sich auf die Verantwortung seines Amtes als geheimer Feldpolizist und **gibt die langdauernde Internierung von Kindern zu. Sie sei nötig gewesen, um Geständnisse zu erzielen.** Die verhafteten Kinder hätten die Signalvorrichtungen der Eisenbahn durch Verwickeln der Drähte gestört, so daß durch falsche Signalgabe Züge „hätten entgleisen können". Nicht juristische Erwägungen, sondern **Dienstpflicht und gesunder Menschenverstand hätten ihn bei seinen Handlungen geleitet.**

Der deutsche Gutachter, Polizeirat Bauer, München (!), sucht die Verhandlungsbasis zu verschieben, indem er erklärt, die Frage, ob der Angeklagte als Feldpolizist **Beamter oder nicht Beamter** gewesen sei, sei der Angelpunkt des ganzen Prozesses. Sei er nicht Beamter, so könne der § 343 des **Reichsstrafgesetzbuches nicht zur Anwendung kommen, auch wenn ihn die Zeugenaussagen noch so sehr belasten.** Beamter sei er nicht gewesen. Natürlich verstand es der Angeklagte, diesen Wink mit dem Zaunpfahl zu benutzen.

Als Zeugen werden dann einige belgische Kinder nach bekannter Methode so ins Kreuzverhör genommen, daß ihre Aussagen als „unglaubhaft" hingestellt werden können. Das Ergebnis ist, daß sich der Schüler Alfons Norreels aus Querboulaers „in Widersprüche verwickelt" und der 10jährige Schüler Snittäts als „völlig unglaubwürdig" erscheint. Die Kinder berichteten über **Mißhandlung mit Riemen bei den Vernehmungen und Kopf-ins-Wasser-stecken.**

Andere Zeugen sagten aus, daß sie in dunklen Zellen eingesperrt, geschlagen und gefesselt wurden, daß der Angeklagte nachts zum Verhör in die Zellen kam. Ein Zeuge gibt an, er sei eine ganze Nacht hindurch, an den Händen gefesselt, an einem Haken aufgehängt worden.

Oberst Keßler aus Charlottenburg, der Inspektor des betreffenden Gefängnisses, hat, wie er aussagt, natürlich „stets alles in Ordnung" gefunden und lobt den Angeklagten als einen „wohlerzogenen jungen Mann". (Bürgerliche Wohlerzogenheit und Abrichtung zum Menschen- und vor allem Proletarierschinden sind bekanntlich keine Gegensätze.) Schließlich singt der Hilfsrichter Flayland aus Ludwigsburg noch ein Loblied auf die loyalen Verhandlungsmethoden der deutschen Feldgerichte im allgemeinen und die Methoden des Angeklagten Ramdohr im besonderen.

Die bürgerliche Presse nimmt inzwischen die Gelegenheit wahr, ihren deutschen Kriegshelden zu schützen und sich über die „falschen Kinderaussagen über Kriegsgreuel" zu entrüsten. Die Aufmachung des ganzen Prozesses zeigt, wohin die Fahrt geht. Voll Ekel wendet sich die deutsche Arbeiterschaft von diesen schmutzigen Reinwaschungsversuchen der deutschen Bourgeoisie ab und ruft ihren Klassengenossen in aller Welt zu, daß sie ihre Aufgabe, mit den deutschen Kriegsverbrechern selber abzurechnen, nicht vergessen wird.

Die besessene Braut.

Von Konrad Loele.

„Die Arbeiter arbeiten acht Stunden und schwitzen nicht dabei. Wir, die Bauern, arbeiten siebzehn Stunden! Und da sollen wir uns nicht einmal sattessen dürfen?"

So sprach im Jahre 1919 der Bauernbündler im Landtag, sittlich entrüstet über die Zwangswirtschaft. Wahrhaftig, es gibt Bauern, die siebzehn Stunden täglich arbeiten, sie sind noch nicht einmal selten. Der Bauer Anding mit seiner Familie ist so ein nicht seltenes Vorbild.

„Ich stehe den Arbeitern wohlwollend gegenüber, denn ich habe mit ihnen zusammen gearbeitet," sagte der Architekt. „Wenn man aber mit ihnen spricht und sie fragt, was sie eigentlich wollen, dann wissen sie nicht weiter. Ueber allgemeine schöne Redensarten kommen sie nicht hinaus. Daraus geht klar hervor, daß an ihrer Sache nichts dran ist." Aber die andern haben noch Ideale, sie wissen, was sie wollen. Vor allem wissen es die Bauern.

Nur keine Umschweife!

Das Unterdorf liegt in einem mitteldeutschen Flußtale auf einer Uferterrasse, von der man einen weiten Blick über das Tal und über die Hügel hat. Auch auf die Gleise der Bahn, die längs des Flusses, allerdings auf dem jenseitigen Flußufer hinfährt. Eine Brücke ist nicht vorhanden, nur ein Kahn, der selten benutzt wird: denn die Bauernweiber machen ihre Marktgänge zu Fuß, und die Bauern spannen, wenn sie in der Stadt zu tun haben, den Rollwagen an.

Unterdorf ist eine Zweigniederlassung von Oberdorf, in dem sich die Bildungsstätten befinden. Die Kinder laufen vom Unterdorfe zwei Minuten zur Schule, wenn sie es eilig haben; die alten Leute dagegen brauchen, wenn sie zur Kirche gehen, etwas länger.

In dieser Gegend gilt ein Bauer mit fünfzig Morgen unterm Pfluge schon als Großgrundbesitzer. Der größte Bauer vom Unterdorfe hat nicht mehr. Sie haben aber viel Wald auf dem Hügelland, durch das sich der Fluß geschnitten hat.

Die acht sauberen Hofreiten des Unterdorfes liegen zu beiden Seiten einer Sackgasse, die zuletzt als schmales Pfädchen über den Steilabhang zum Flusse führt. Neben dem Dörfchen durchbricht eine Geländerille den Abhang. Eine Quelle, der zuliebe die Ansiedlung entstand, hat diese Mulde ausgewaschen, die man den Bornsgraben nennt. Hollunder wächst üppig im Graben, uralte Linden umkränzen ihn, und die Leute auf dieser Seite des Dorfes werfen mit einem kühnen Schwung ihre zerbrochenen Geschirre aus der nach hinten gelegenen Küche in den Graben, der so als bequemer Müllplatz dient.

Die Türen der Häuser gehen, wie üblich, auf den Hof, nicht auf die Straße. Es sind auch noch ein paar alte, runde hohe Hoftore da, und über dem größten dieser Steintore steht die alte Jahreszahl 1680.

Damals mußten die Bauern mächtig arbeiten. Das Land litt noch unter den Nachwirkungen des großen Krieges, außerdem waren die großen, kleinen und kleinsten Fürsten erprobte Meister im Schröpfen ihrer geliebten Untertanen. Es gab auch noch keine Wasserleitungen und keine Selbsttränkungen im Stalle, die Weiber holten das Wasser in großen Bütten aus dem Brunnen im Bornsgraben. Das dauerte täglich mindestens eine Stunde und ihre Rücken wurden vor der Zeit krumm. Die Bauern droschen ihr Korn mit dem Flegel, sie säten mit der Hand, sie schnitten den Häcksel mit dem Messer und stampften das Viehfutter in Stunzen. Es gab auch keine Molkereien.

„Gott behüte uns vor den Molkereien" pflegte die Frau Anding während des letzten großen Krieges zu sagen.

Die Flur war nicht kleiner als heute und es waren auch nicht mehr Leute im Dorfe, das damals wie heute ungefähr vierzig Seelen zählte. Freilich lag viel Land brach als Weide für die zahlreichen Schafe. Dafür wuchs aber auf den sonnigen Abhängen ein saurer Wein und die vielen, jetzt überwachsenen Terrassen an den Hügeln bezeugen noch, daß man den Boden nutzte, wo es ging. Und die hohen Hoftore und die Verzierungen an den Gesimsen der stattlichen Mauern bezeugen, daß sich die Leute ihres Wertes bewußt waren als feste Protestanten, die auf Bibel und Kalender pochten und sich vor dem Teufel und den höllischen Mächten durch drei Kreuze bewahrten.

Hundert Jahre später gab es auch noch keine Drillmaschinen, es hatte sich wenig geändert, nur fingen die Kartoffeln eben an, Segen und neue Arbeit zu bringen. Grobe Arbeit, die den Rücken beugt, die Hände schwielig macht und das Gesicht in bäuerliche Falten furcht. Die Bibel und der Kalender waren immer noch die einzigen Bücher der Weisheit und der Teufel, der Drache und die Gespenster gingen auch noch um.

Nun aber kam das Jahrhundert der Aufklärung, das in seinen letzten Jahrzehnten die Maschinen aufs Land brachte. Die Pferde und Ochsen begannen ihren Kreislauf am Göpel, die Wasserleitungen kamen ins kleinste Dorf, die Dampfdreschmaschinen fingen an, gelinde zu brummen. Es war auch höchste Zeit, denn die Bauern waren dabei, unter ihrer Hypothekenlast zu verröcheln. Sie tranken viel Schnaps und waren als Mistbauern verachtet. Hier und da fiel einer vom ererbten Hofe, hoffnungslos am Ende, und die Zahl der freien Bauern wurde kleiner. Die Dörfer gingen zurück, bis die höchst nützliche Erfindung des Fahrrades wieder Zuwachs schaffte, indem sie es dem städtischen Arbeiter erlaubte, im Dorf zu wohnen.

Als aber der berühmte Weltkrieg kam, da waren die Bauern schon aus dem gröbsten heraus, sie waren wieder zu Ehren gekommen, und die Hypotheken hielten sich in ganz erträglichen Grenzen. Dank dem huldvollen Blick des Landesherrn und den Zöllen. Raiffeisenvereine, Vieh-, Hagel- und Feuerversicherungen verbreiteten Bildung in Rechtssachen und Sicherheit, die Elektrizität kam in den Stall, in Küche, Keller und Scheune. Aus den schmutzigen Säcken der künstlichen Düngemittel floß Wohlstand. Die Bauern wurden zu Gutsbesitzern, ohne daß sie gleich allzu übermütig hätten werden können. Sie mußten arbeiten und arbeiteten schwer, denn das Geld war teuer und der Getreidepreis mäßig. Jetzt aber sind wir in der Zeit wieder etwas weiter und beginnen, unter Vermeidung eines verdorbenen Dialektes die rührselige Geschichte von den Leiden des Fräulein Frieda, der Tochter des Bauern Friedrich Anding aus dem Unterdorfe, über das im hohen Hoftor die Jahreszahl 1680 steht.

(Fortsetzung folgt.)

Die Naturalsteuer in Sowjet-Rußland.

I.

Die bürgerliche und menschewistische Presse hat die Tatsache einer scheinbar fundamentalen Richtungsänderung der sowjet-russischen Wirtschaftspolitik benutzt, um ihre Leser vom Zusammenbruch der bolschewistischen Politik überhaupt zu überzeugen. Genosse Lenin hat die gesamten Fragenkomplexe vom prinzipiellen Standpunkt aus behandelt. Und indem er auf seine Veröffentlichungen im Jahre 1918 zurückgreifen kann, dort die neue Phase der heutigen Entwicklung bereits vorhersehend, ist es ihm ein leichtes, die Fabeleien und das Geschrei der Menschewisten über den Zusammenbruch des russischen Kommunismus zu entlarven. D. Red.

An Stelle der Einleitung.

Die Frage der Naturalsteuer lenkt gegenwärtig ganz besonders die Aufmerksamkeit auf sich; diese Frage wird überall erörtert, über sie wird viel gestritten. Das ist ganz verständlich, denn sie ist in der Tat unter den gegebenen Verhältnissen eine der wichtigsten Fragen der Politik.

Umso nützlicher wird der Versuch sein, an diese Frage nicht unter dem Gesichtswinkel einer „heiklen Tagesfrage", sondern unter dem Gesichtswinkel des allgemeinen Prinzips heranzugehen, mit anderen Worten: einen Blick auf den allgemeinen, ursprünglichen Untergrund jenes Gemäldes zu werfen, auf dem wir jetzt das Muster bestimmter praktischer Maßnahmen der gegebenen Tagespolitik zeichnen.

Um diesen Versuch zu machen, erlaube ich mir, einen Auszug aus meiner Broschüre: „Die Hauptaufgabe unserer Tage — die Kindereien des Radikalismus und die Kleinbürgerlichkeit" anzuführen. Ich zitiere das, was sich auf die Beurteilung des „Staatskapitalismus" und der grundlegenden Elemente unserer gegenwärtigen Oekonomik, die den Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus vorstellt, bezieht.

Ich schrieb damals folgendes:

Ueber die gegenwärtige Oekonomik Rußlands."

(Aus der Broschüre von 1918.)

Der Staatskapitalismus wäre ein Schritt vorwärts im Vergleich zur gegenwärtigen Sachlage in unserer Sowjetrepublik. Wenn wir z. B. in eineinhalb Jahren zum Staatskapitalismus gelangen könnten, so wäre dies ein ungeheurer Erfolg und die sicherste Bürgschaft dafür, daß sich bei uns in einem Jahre der Sozialismus endgültig befestigen könnte und unbesiegbar werden würde.

Ich stelle mir vor, mit welch edler Entrüstung manch einer vor diesen Worten zurückschreckt. Wie? In einer sozialistischen Sowjetrepublik wäre der Uebergang zum Staatskapitalismus ein Schritt vorwärts? Ist das nicht Verrat am Sozialismus?

Gerade diese Punkte müssen wir ausführlicher besprechen.

Erstens müssen wir uns darüber klar werden, wie dieser Uebergang beschaffen ist, der uns die Veranlassung und das Recht gibt, uns sozialistische Sowjetrepublik zu nennen.

Zweitens muß der Fehler jener aufgedeckt werden, die die kleinbürgerlichen ökonomischen Bedingungen und das kleinbürgerliche Element, den Hauptfeind des Sozialismus bei uns, nicht sehen.

Drittens muß man die Bedeutung des Sowjetstaates und seinen ökonomischen Unterschied vom bürgerlichen Staat richtig erfassen.

Prüfen wir diese drei Umstände.

Es hat, glaube ich, noch keinen Menschen gegeben, der bei Erörterung der Frage der Oekonomik Rußlands bestritten hätte, daß dieser Oekonomik der Charakter des Uebergangsstadiums anhaftet. Kein einziger Kommunist hat, glaube ich, geleugnet, daß der Ausdruck „Sozialistische Sowjetrepublik" die Entschlossenheit der Sowjetregierung bedeutet, den Uebergang zum Sozialismus zu verwirklichen und durchaus nicht die Anerkennung der gegebenen ökonomischen Ordnung als sozialistische.

Was bedeutet aber das Wort Uebergang? Bedeutet es nicht, auf die Oekonomik angewandt, daß in der gegebenen Ordnung Elemente, Teilchen, Stückchen des Kapitalismus und des Sozialismus sind? Jeder wird sagen, daß dem so sei. Aber nicht jeder, der dies sagt, denkt darüber nach, welches denn die Elemente der verschiedenen sozialökonomischen Formen sind, die Rußland aufweist. Das aber ist der Kardinalpunkt der Frage:

Zählen wir diese Elemente auf:

1. **Die patriarchalische Bauernwirtschaft,** d. h. die Wirtschaft, die in bedeutendem Grade den Charakter der Naturalwirtschaft trägt;
2. **die kleine Warenproduktion** (hierher gehört die Mehrzahl der Bauern, die Getreide verkaufen);
3. **der privatwirtschaftliche Kapitalismus;**
4. **der Staatskapitalismus;**
5. **der Sozialismus.**

Rußland ist so groß und so verschiedenartig, daß sich hier alle diese verschiedenen Typen der sozialökonomischen Form untereinander verwickeln. Die Eigenart der Lage besteht eben darin.

Die Frage ist, welche Elemente überwiegen? Es ist klar, daß in einem kleinbäuerlichen Milieu das kleinbürgerliche Element vorherrscht und vorherrschen muß. Die Mehrzahl, und zwar die ungeheure Mehrzahl der Ackerbauer sind kleine Warenerzeuger. Die Hülle des Staatskapitalismus (Getreidemonopol, unter Kontrolle stehende Unternehmer und Händler, bürgerliche Leiter der Kooperationen) wird bei uns bald hier, bald dort von den Wucherern durchbrochen, und den Hauptgegenstand des Wuchers bildet das Getreide.

Der Hauptkampf entfaltet sich gerade auf diesem Gebiet. Zwischen welchen Elementen wogt der Kampf, wenn man in den Ausdrücken der ökonomischen Kategorien von der Art wie „Staatskapitalismus" spricht? Zwischen der vierten und der fünften Stufe in der Ordnung, wie ich sie soeben aufgezählt habe? Natürlich nicht. Nicht der Staatskapitalismus kämpft hier gegen den Sozialismus, sondern das Kleinbürgertum und der privatwirtschaftliche Kapitalismus kämpfen gemeinsam zu gleicher Zeit gegen den Staatskapitalismus und gegen den Sozialismus. Das Kleinbürgertum wehrt sich gegen jede staatliche Einmischung, Registrierung und Kontrolle, gegen die staatskapitalistische wie gegen die staatssozialistische. Das ist eine ganz unbestreitbare Tatsache der Wirklichkeit, und das Nichtbegreifen dieser Tatsache ist die Wurzel einer ganzen Reihe von ökonomischen Fehlern.

Wer das nicht sieht, der beweist gerade durch seine Blindheit, daß er in kleinbürgerlichen Vorurteilen befangen ist.

Der Kleinkapitalist hat einen Geldvorrat, einige Tausend, die er auf redliche, meistens aber auf unredliche Art während des Krieges erworben hat. Das ist der ökonomische Typus, der als Grundlage der Spekulation und privatwirtschaftlichen Kapitalismus charakteristisch ist. Das Geld ist ein Schein, der zum Empfang von Gemeingütern berechtigt und die viele Millionen zählende Schichte der kleinen Besitzer, die diesen Schein fest in der Hand hält, versteckt ihn vor dem „Staat", da sie weder an einen Sozialismus, noch an einen Kommunismus glaubt und das Ende des proletarischen Sturmes „abwartet". Entweder wir werden diese Kleinkapitalisten unserer Kontrolle unterwerfen (wir können es tun, wenn wir die Armut, d. h. die Mehrheit der Bevölkerung, oder die Halbproletarier um die bewußte proletarische Vorhut organisieren), oder der Kleinkapitalist wird uns, die Arbeiterregierung, stürzen, unausbleiblich und unvermeidlich, wie die Napoleon und Cavaignac, die eben auf diesem Boden des Kleinbesitzes gedeihen, die Revolution gestürzt haben. So und nur so steht die Frage.

Der Staatskapitalismus steht ökonomisch unvergleichlich höher als unsere jetzige Oekonomie, das muß ich als erstes hervorheben.

Zweitens ist in ihm nichts, was die Sowjetregierung zu fürchten hätte, denn der Sowjetstaat ist ein Staat, in dem die Macht der Arbeiter und Besitzlosen sichergestellt ist.

II.

Um die Frage noch ausführlicher zu beleuchten, wollen wir vor allem das greifbarste Beispiel des Staatskapitalismus anführen. Alle wissen, daß dieses Beispiel Deutschland ist. Hier haben wir das „letzte Wort" der modernen großkapitalistischen Technik und der planmäßigen Organisation, die dem Junker- und Bürgerimperialismus untergeordnet ist. Streichen wir die unterstrichenen Worte fort, setzen wir an die Stelle des imperialistischen, des Militär-, Junker-, Bürgerstaates auch einen Staat, aber einen Staat eines anderen sozialen Typus, eines anderen Klasseninhalts, den Sowjetstaat, d. h. den proletarischen Staat, so erhalten wir die ganze Summe der Bedingungen, die der Sozialismus ergibt.

Der Sozialismus ist undenkbar ohne großkapitalistische, auf der letzten Errungenschaft der modernen Wissenschaft aufgebaute Technik, ohne planmäßige staatliche Organisation, die Millionen von Menschen auf dem Gebiet der Produktion und Verteilung der Erzeugnisse, zur strengsten Beobachtung einer einheitlichen Norm zwingt. Davon haben wir Marxisten immer gesprochen, auf Gespräche mit Leuten aber, die sogar dies nicht begreifen (Anarchisten und die gute Hälfte der linken Sozialrevolutionäre), lohnt es nicht, auch nur zwei Sekunden zu verwenden.

Der Sozialismus ist außerdem nicht denkbar ohne Herrschaft des Proletariats im Staat. Das ist ebenfalls unbestreitbar. Die Geschichte (von der niemand außer den menschewistischen Dummköpfen ersten Ranges, erwartet hat, daß sie glatt, ruhig, leicht und einfach den „vollendeten" Sozialismus geben werde) ist einen so eigenartigen Weg gegangen, daß sie im Jahre 1918 zwei getrennte Hälften des Sozialismus geboren hat, gleichsam zwei zukünftige Küchlein, eines neben dem anderen unter einer Schale des internationalen Imperialismus. Deutschland und Rußland verkörperten im Jahre 1918 am anschaulichsten die materielle Verwirklichung einerseits der ökonomischen, gemeinwirtschaftlichen und der Produktionsbedingungen, andererseits der politischen Bedingungen des Sozialismus.

Die siegreiche proletarische Revolution in Deutschland würde mit einem Schlage, mit ungeheurer Leichtigkeit jede Schale des Imperialismus durchbrechen (die leider aus dem besten Stahl verfertigt ist und deshalb nicht den Anstrengungen eines jeden Küchleins nachgibt), würde den Sieg des Weltsozialismus mit Sicherheit, ohne Schwierigkeit oder mit geringen Schwierigkeiten verwirklichen, natürlich, wenn man als Maßstab des „Schwierigen" den weltgeschichtlichen und nicht den Maßstab der spießbürgerlichen Zirkel nimmt.

Wenn sich die „Geburt" der Revolution in Deutschland noch verzögert, so ist es unsere Aufgabe, vom Staatskapitalismus der Deutschen zu lernen, ihn uns mit allen Kräften anzueignen, keine diktatorischen Methoden zu scheuen, um diese Aneignung des Westeuropäischen durch das barbarische Rußland zu beschleunigen und vor barbarischen Mitteln im Kampfe gegen die Barbarei nicht zurückzuschrecken.

In Rußland herrscht gegenwärtig gerade der kleinbürgerliche Kapitalismus vor, von dem zum staatlichen Großkapitalismus wie zum Sozialismus ein und derselbe Weg führt, der Weg über ein und dieselbe Zwischenstation, die „allgemeine Registrierung und Kontrolle über die Produktion und Verteilung der Erzeugnisse" heißt. Wer dies nicht begreift, der begeht einen unverzeihlichen ökonomischen Fehler, da er entweder die wirklichen Tatsachen nicht kennt, nicht sieht, was vorhanden ist, der Wahrheit nicht ins Gesicht zu schauen versteht oder sich auf die abstrakte Gegenüberstellung von „Kapitalismus" und „Sozialismus" beschränkt, ohne die konkreten Formen und Stufen dieses Ueberganges bei uns zu ergründen.

Eben deshalb, weil man von der gegenwärtigen Lage Rußlands nicht vorwärtsgehen kann, ohne seinen Weg über das zu nehmen, was der Staatskapitalismus wie der Sozialismus gemeinsam haben (allgemeine Registrierung und Kontrolle), deshalb andere und sich selbst mit der „Evolution in der Richtung des Staatskapitalismus" zu schrecken, ist theoretischer Unsinn. Das heißt gerade, den Gedanken von dem wirklichen Wege der „Evolution" ablenken, diesen Weg nicht verstehen; in der Praxis ist dies dasselbe, wie zum Kapitalismus des Kleinbesitzes zurückkehren.

Damit der Leser sich davon überzeugt, daß ich den Staatskapitalismus nicht nur jetzt so „hoch" einschätze, sondern dies auch getan habe, bevor die Bolschewiki die Macht ergriffen hatten, erlaube ich mir, folgendes Zitat aus meiner im September 1917 geschriebenen Broschüre: „Die drohende Katastrophe und wie man gegen sie kämpfen muß" anzuführen.

„Man versuche, an die Stelle des kapitalistischen Staates der Junker, an die Stelle des kapitalistischen Staates der Gutsbesitzer den revolutionär-demokratischen Staat zu setzen, d. h. einen Staat, der in revolutionärer Weise alle Vorrechte aufhebt, der die revolutionäre Verwirklichung des vollständigsten Demokratismus nicht fürchtet. Man wird sehen, daß der staatlich-monopolistische Kapitalismus in einem wirklich revolutionär-demokratischen Staat unvermeidlich, unausbleiblich einen Schritt zum Sozialismus bedeutet.

„. . . Denn der Sozialismus ist nichts anderes als der nächste Schritt vom staatskapitalistischen Monopol aus vorwärts."

„. . . Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist die vollständigste materielle Vorbereitung des Sozialismus, ist seine Vorhalle, ist jene Stufe der historischen Leiter, die die Vorstufe des Sozialismus ist: zwischen dieser Stufe und der Stufe, die Sozialismus heißt, gibt es keine Zwischenstufen." (S. 27 u. 28.)

Man wolle in Betracht ziehen, daß dies während der Kerenskiperiode geschrieben ist, daß es sich nicht um die Diktatur des Proletariats, nicht um den sozialistischen Staat, sondern um den „revolutionär-demokratischen" handelt. Ist es denn nicht klar, daß wir, je höher wir uns über diese politische Stufe erhoben haben, je voller wir in den Räten den sozialistischen Staat und die Diktatur des Proletariats verkörpert haben, desto weniger den „Staatskapitalismus" fürchten dürfen? Ist es denn nicht klar, daß wir uns im materiellen, ökonomischen Sinne, im Sinne der Produktion noch nicht in der „Vorhalle" des Sozialismus befinden? Und daß wir nicht anders als durch diese, von uns noch nicht erreichte Vorhalle zur Tür des Sozialismus gelangen können?

Breslauer Nachrichten

Das Gesindel in der „Schlesischen Zeitung"

Drechslige Schreiberseelen aus der „Schlesischen Zeitung" entrüsten sich darüber, daß der Bürgermeister von Fünfkirchen in Ungarn bei den südslawischen Behörden um die Weiterverlängerung der Okkupation ersucht habe. Fünfkirchen ist nach dem Niederwerfen der Rätemacht von Südslavien besetzt worden. In Fünfkirchen haben die Arbeiter den größten Einfluß in der Verwaltung, und es scheint, daß dieser Einfluß von den slawischen Machthabern noch nicht angetastet ist. Wenn nun die Fünfkirchener Arbeiter keine Lust zeigen, wieder zurück in die Armee Horthy-Ungarns zu kommen, begrüßen wir diesen Schritt. Die blutrünstigen Bestien in Ungarn, die ja die leuchtenden Vorbilder der Leser der „Schlesischen Zeitung" und ihrer Schreibersknechte zu sein scheinen, sind es wert, mit allen Mitteln bekämpft zu werden.

Wenn die „Schles. Ztg." mit Bedauern feststellt, daß Fünfkirchen ein Zufluchtsort kommunistischen Gesindels sei, so freuen wir uns, daß unsere schwer verfolgten Genossen aus Ungarn und Rumänien wenigstens einen Ort haben, wo sie sich sichern können in ihrem heiligen Kampfe gegen die rumänischen Bojaren und die ungarischen Gentrys. Die Arbeiter haben kein Vaterland. Für sie ist das Vaterland dort, wo es ihnen gut geht. Die Gesinnungsfreunde der schlesischen Landjunker, die ungarischen Landbarone zu bekämpfen, sind alle Mittel erlaubt.

Abschlagszahlungen für Gas, Wasser, Strom. Die Entnehmer von Gas, Wasser und elektrischem Strom sind durch besondere Zustellungen aufgefordert worden, für ihren Verbrauch in den Monaten April und Mai 1921 Teilzahlungen zu leisten. Die für den Maiverbrauch gestellte Frist ist am 31. Mai 1921 abgelaufen.

Alle im Verzuge befindlichen Zahlungspflichtigen werden dringend ersucht, die rückständigen Beträge nunmehr bis spätestens 12. Juni 1921 an die Kasse der Betriebswerke zu zahlen; andernfalls werden die Beträge gegen eine Gebühr von 1 Mk. durch Beauftragte der Kasse abgeholt werden. Wenn auch an diese nicht gezahlt wird, so muß in Aussicht genommen werden, die Lieferung einzustellen und die Messer wegzunehmen.

Städtische Betriebsdeputation.

Aus der Provinz

Grünberg. Vor einigen Wochen wurde in der „Roten Fahne" berichtet über eine Versammlung in Lippen b. Krossen, worin der Landrat von Krossen sehr lebhaft für die Einwohnerwehr agitierte und sogar mit Zwangseinziehung drohte. Welche Fortschritte die Orgesch in dieser Gegend bereits gemacht hat, besonders in den Dörfern rechts der Oder an der pol. Grenze, zeigen recht deutlich die dort in jedem Dorf aufgestapelten Waffen. Z. B. in Kontopps, Kreis Grünberg, lagern im Depot 14 M.G. mit Munition, 200 Gewehre, 2 Geschütze, 1 Feldküche nebst einem Park Bagagewagen. Das Depot befindet sich auf dem Rittergut des Herrn Förster. Auf eine Erinnerung an diese Anzeige kam dann endlich der Bescheid, daß diese verloren gegangen sein müßte, der Amtsvorsteher möchte doch die Anzeige wiederholen. Daraufhin kam dann als Antwort die Nachricht, daß sich der Herr Landrat dazu nicht äußern könnte. Bekannt ist dieser Orgesch-Landrat bei der Grünberger Arbeiterschaft schon durch die bekannte kommunistische Mordaffäre in Grünberg, wobei er eine sehr zweifelhafte Rolle spielte und immer noch eine Privatklage gegen ihn schwebt.

Verantw. Redakteur: Rich. Schaible, Berlin. — Verlag: Soz.-Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Felix Wolf, GmbH., Berlin S. 14.

Zähne 6 Mark schriftl. Garantie
Reparaturen sofort
Krause, 20 jähr. Praxis
Ohlauer-Str. 70

Achtung! Wo?
kauft man neue und gebrauchte MÖBEL, sowie ganze Einrichtungen am billigsten und vorteilhaftesten?
Bei H. Kluge,
Ecke Neumarkt 12, nur 1. Eg.

Der gute
Hennig-Creme
überall erhältlich
H. Hennig, Hinterbleiche 5-6

Der Verbandstag der Bergarbeiter.

Schluß des 4. Verhandlungstages.

Wir haben in unserem gestrigen Bericht über den Schluß des vierten Tages nur kurz summarisch berichtet, wollen daher heute noch verschiedene Einzelheiten nachtragen.

In der Diskussion über den Geschäftsbericht und die verschiedenen Referate bezeichnet Fechtner die Kämpfe im Oelsnitzer Bezirk im Sommer 1919 als eine kommunistische Hetze. Dadurch wären Arbeiter in den Streik getreten, die früher dazu nie zu bewegen gewesen seien. (Das kann der gute Mann gar nicht begreifen.) Er ist für Sozialisierung, aber dann müßten erst die Menschen besser werden.

Drescher, Gladbeck, weist darauf hin, daß die Streiks im Jahre 1919 nicht einer kommunistischen Hetze, sondern wirtschaftlichen Nöten entsprungen seien. Wenn der Vorstand das auch nicht verstehen konnte, so haben es die Kämpfenden um so besser verstanden. Es zeugt von Unfähigkeit, daß es der Vorstand nicht verstanden hat, die elementaren Kräfte, die aus der Revolution hervorwuchsen, im Interesse des Verbandes und der gesamten Mitgliedschaft auszunützen. Bei der verfehlten Einstellung des Vorstandes muß jeder Streik verloren gehen. Ein Beweis dafür ist der jetzige Streik in Waldenburg, obwohl dort die Streikfrage schon ¾ Jahr spielt, hat der Vorstand für die Arbeiter nichts getan und jetzt ist er plötzlich vor eine vollendete Tatsache gestellt.

Soweit war die Kritik dieses USP.-Redners ganz gut, dann kam aber der Popanz: Fraktionsbildungen müßten gestattet werden und nur dann hätten Ausschlüsse zu erfolgen, wenn bestimmte Fraktionen die Politik der 3. Internationale treiben, was auf gut deutsch heißt, die Kommunisten sollen rausfliegen.

In seinem Schlußwort beschäftigt sich Hüsemann zunächst mit den Ausführungen des Kollegen Dresch. Ihr guter Aufbau verrate, daß jemand anders dahinter stecke. (Husemann ärgert sich offenbar, daß er noch nicht alle Kommunisten hat rauswerfen können.) Er polemisiert in sehr scharfen Worten gegen Plewka, Pieper und Rosemann (USP.), die kein Recht hätten, heute Kritik zu üben, da sie ja selbst im vorigen Jahr einen Disziplinbruch durch Oppositionsbildung mitgemacht hätten, ja sogar eine neue Organisation gründen wollten. Wohin das führe, hat man im Metallarbeiterverband gesehen, wo man die altbewährten Leute wie Schlicke usw. einfach herauswarf.

Der Redner verteidigt mit echt nationalen Gründen das Ueberschichtenabkommen. Nur dadurch wäre das Ruhrgebiet dem deutschen Reich erhalten geblieben. Ueber die steigende Arbeitslosigkeit glaubt Herr Husemann feststellen zu können, daß sich die Kommunisten riesig darüber freuen. Der Vorstand dagegen mache sich darüber ernste „Gedanken". Nachdem er noch mit Dittmannschen Zitaten gegen die „Moskauer" polemisierte, verteidigt er die Kommunistenausschlüsse. **Wer sich eines Disziplinbruchs schuldig macht, bei dem kann man nicht erst ein Schlichtungsverfahren einleiten, da ist Hieb die beste Parade.** Der Vorstand sähe sich gezwungen, gegen die Zahlstellen **Karnap und Stoppenberg**, wo die Kommunisten die Mehrheit haben, ähnlich wie der Metallarbeiterverband in Halle vorzugehen.

Vom Waldenburger Bezirk kann man nichts genaues sagen, weil wir keine Verbindung haben (dabei war vormittags ein Brief aus dem Waldenburger Revier verlesen worden). Im übrigen müsse jeder Führer den Mut haben, der Masse die Wahrheit zu sagen. Gegen die Geschäftsstelle Dudweiler, die der „Roten Hilfe" 5000 Mark zur Verfügung stellte, müsse energisch vorgegangen werden. Er schloß mit der auf diesem Verbandstag so beliebten Phrasen von Einigkeit und Solidarität. Diese Worte klangen nach seinen vorherigen Ausführungen wie reiner Hohn.

Nachdem Hesse in seinem Schlußwort zur Betriebsrätefrage vergeblich versucht hatte, seine so stark angegriffenen Ausführungen zu berichtigen und zu verteidigen, wollte Plewko durch Verlesen des von Husemann angezogenen Briefes beweisen, daß die USP. niemals Aufforderungen zur Gründung von Sonderorganisationen gemacht hätte. Jeder objektive Beurteiler des Briefes mußte aber sagen, daß der Vorwurf Husemanns nicht ungerechtfertigt war, wenn das auch heute die USPD.-Leute nicht mehr wahr haben wollen.

Hellbring, Saargebiet, verteidigt im Namen seiner Freunde ihre Abstimmung gegen die Resolution über Oberschlesien. Er sagt, daß die Erklärung Löfflers über Oberschlesien geschickt arrangiert war und in Verbindung stand mit der nationalistischen Propaganda, die am selben Tage im ganzen Reiche stattfand. Er wendet sich gegen jeden Kommunismus, ob er von Deutschland, Frankreich oder Polen komme.

Dresch, Saarbrücken, stellt noch einmal ausdrücklich fest, daß zur Kommunisten ausgeschlossen wurden, selbst solche, die schon zur Generalversammlung als Delegierte gewählt waren. Er ersucht zwei anwesende Kameraden, die davon betroffen wurden, hier zum Wort kommen zu lassen. Wird natürlich abgelehnt. Ein Mitglied der Beschwerdekommission beschwert sich gegen die Ausschlüsse, besonders über den des Kameraden Schroer, der nie verbandsschädigend gewirkt habe. **Der Redner, der kein Kommunist ist, schließt mit den Worten: Ihr werdet durch eure Ausschlüsse den Verband zertrümmern und nachher sind es dann die bösen Kommunisten.**

Nachdem noch verschiedene Redner Richtigstellungen machten, setzte die Abstimmungsguillotine ein. Man stimmte zuerst über jeden einzelnen Ausschlußantrag ab, doch das wurde bald zu langweilig, deshalb nahm man 7 und dann 10 auf einmal vor. **Die USPD.-Delegierten stimmten in ihrer großen Mehrheit für die Ausschlüsse.**

5. Verhandlungstag.

Die Beratungen über die Statutenänderungen werden fortgesetzt. Die Vorschläge des Vorstandes zum größten Teil angenommen. Einen für den Vorstand unliebsamen Zwischenfall gab es bei der Diskussion und Abstimmung über die Zusammensetzung der Kontrollkommission. Entgegen dem Willen des Vorstandes wurde beschlossen, den Kontrollausschuß nicht nur aus Mitgliedern des Bezirks Bochum zu entnehmen, sondern aus jedem Revier einen Delegierten zu wählen. **Waldhecker erklärt diesen Beschluß für eine große Dummheit.** Husemann und Sachse treten auf den Plan und — wer kann widerstehen — die Generalversammlung fällt pflichtgetreu um und nimmt den alten Vorstands-Vorschlag wieder an.

In der Debatte zur **Beitragserhöhung** sprach immer ein Redner dafür und einer dagegen. Letztere waren hauptsächlich aus dem Ruhrrevier. Die Befürworter wollten für den kommenden Kampf" Geld sammeln. Umbreit rief den Delegierten zu, die Bergarbeiter sind berufen als Vorkämpfer der Sozialisierung, dazu braucht man Geld. (Auch im Kampf gegen die Kommunisten und Gutschisten werden Geldmittel notwendig sein.) Bei der Abstimmung über die Beitragserhöhung, wozu alles herangeholt wurde, ergab sich eine Mehrheit für diese.

Ein Antrag verlangte, die Mitglieder, die zur Reichswehr gehen, aus der Verbandsliste zu streichen. Husemann wandte sich dagegen und meinte, man könnte die Reichswehr demokratisieren, indem man Gewerkschaftsblätter, speziell die „Bergarbeiter-Zeitung" den betreffenden Kollegen zuschicke. (!!!) Husemann brachte es fertig, die Reichswehr mit der Roten russischen Armee gleichzustellen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Nunmehr hielt Waldhecker ein Referat über die Arbeitsgemeinschaften. Derselbe Waldhecker, der gestern simplen Kumpels gegenüber den großen Wissenschaftler spielte und ihre sprachlichen Fehler nachäffte, las seine ganze Rede vom Papier ab. Bezeichnend war seine Aeußerung, daß man die Arbeitsgemeinschaften lieber „Gewerberäte" oder „Wirtschaftsräte" nennen sollte, um die Antipathie der Arbeiter zu überwinden. Er bewies damit, daß diese Strategen vom Hauptvorstand mit dem, bei der Arbeiterschaft mißklingenden Wort „Räte" eine ganz gemeine Täuschung im Schilde führen. Der Geist dieses Arbeitsgemeinschaftlers kam am besten zum Ausdruck durch seine Worte:

Ohne die Arbeitgeberverbände geht es ebenso wenig wie ohne die Gewerkschaften.

Man müsse sich von dem Grundsatz leiten lassen: Leben und leben lassen. Auch die Unternehmer wollten leben. Der für das Wohlergehen der Unternehmer so sehr besorgte Waldhecker sprach kein Wort davon, daß auch die Arbeitslosen leben wollen und daß die Arbeitslosigkeit trotz Arbeitsgemeinschaften immer größer wird. Er versuchte, die Gelben mit den Kommunisten in einen Topf zu werfen, den beide seien gegen die Tarife. Getreu den Anweisungen der Arbeitgeberzeitungen sagt er, daß die Gewerkschaften, um als zuverlässige Tarifkontrahenten in Zukunft bewertet zu werden, die tarifgegnerischen Kommunisten hinauswerfen müßten. Zum Schluß erging er sich in fein geformten Phrasen, mit stark nationalistischem Anstrich, und bezeichnete die Arbeitslosigkeit und alles Elend, in dem wir leben, als Folgen des Friedensvertrages und der Revolution. **Das ganze deutsche Volk müsse einig und geschlossen** für die Revidierung des Friedensvertrages eintreten. **„Gefühlsregungen" der Arbeiterschaft müßten zurückgestellt werden.**

In seinem Korreferat sagte Pieper dem Herrn Waldhecker manche bittere Wahrheit. Jedes Kompromiß mit dem Kapitalismus sei eine Hemmung des Klassenkampfes, eine Förderung des kapitalistischen Aufbaues und damit ein vollständiger Verzicht auf den Sozialismus überhaupt. Wenn der Referent sagte, daß es in der Arbeitsgemeinschaft Unternehmer gebe, die auf dem Boden der Sozialisierung stehen, so verzichte das Proletariat auf die Art Sozialisierung, die von jener Seite angestrebt wird. Pieper führte alle, den in der Bewegung stehenden Arbeitern längst bekannte Argumente gegen die Arbeitsgemeinschaften an, machte aber einen großen Unterschied zwischen den Arbeitsgemeinschaften und dem Eisenwirtschaftsbund. Dieser sei ein „rechtlich gesetzlicher Verwaltungskörper." Den Beweis, daß in beiden Institutionen nicht nach denselben Methoden gearbeitet wird, konnte der Redner nicht erbringen. Man sieht, die beiden Richtungen der Amsterdamer unterscheiden sich nicht allzu sehr.

6. Verhandlungstag.

Heute setzte die Diskussion über die Arbeitsgemeinschaften ein. Ein Betriebsrat eines der größten Braunkohlenwerke Rheinlands gibt aus seiner Erfahrung Beispiele, wie die Politik der Arbeitsgemeinschaft in der Praxis aussieht. **Der Wiederaufbau ist auf Kosten der Arbeiter vorgenommen worden.** Für die Arbeiter könne es nur eins geben: Nicht Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern, sondern **Einheit der Bergarbeiter gegen das Kapital.**

Dann kam Hue, der einerseits die Arbeitsgemeinschaften tadelte und andererseits die Notwendigkeit derselben betonte. Sein Eingeständnis, daß beim Zusammenbruch im November 1918 die Unternehmer zu ihm gekommen wären, war ehrlich, aber die Schlußfolgerung, sie im Vorstand hätten das als einen Erfolg betrachtet, war geradezu naiv. Hue sagte weiter: **Ich habe geglaubt, die Unternehmer würden ihren alten Standpunkt aufgeben. Doch statt dessen müssen wir sehen, daß diese wieder ihren alten Herrenstandpunkt aufrichten.** Sie haben alles vergessen. (Die Unternehmer haben nichts vergessen, nur Hue und Genossen haben vergessen, was die Aufgabe eines wirklichen Gewerkschafters sein müßte. D. Red.) Trotz diesem Verhalten der Unternehmer kommt Hue zu dem Ergebnis, es sei falsch, diese für alles verantwortlich zu machen, für das, was geschieht. (Wenn er damit ein groß Teil von Schuld in den Arbeitsgemeinschaften sieht, so können wir ihm zustimmen.) Zum Schluß dürfte natürlich bei Hue der Hinweis auf die Russen nicht fehlen; Lenin wäre mit amerikanischen und englischen Großkapitalisten Arbeitsgemeinschaften eingegangen.

Genosse Hellbrück unterstreicht zunächst die Ausführungen des Korreferenten Piepers (USP) über die Arbeitsgemeinschaften. Er weist aber an Hand von reichem Tatsachenmaterial nach, daß dessen Auffassung über den Eisenwirtschaftsbund falsch wäre. Denn dessen Tätigkeit sei genau so zu bewerten wie die der Arbeitsgemeinschaften. Dann wandte sich der Redner gegen das Referat von Waldhecker und gegen die Ausführungen von Hue. Seine Rede war eine scharfe Abrechnung mit der ganzen arbeitsgemeinschaftlichen Politik. Man hätte den Bergarbeitern versprochen, daß die Siebenstundenschicht durch die gesetzliche Körperschaft geregelt werden solle. Nun sehen wir aber, daß der hier zuständige Reichswirtschaftsrat, in dem zahlreiche Gewerkschaftsführer sitzen, **die gesetzliche Festlegung der Siebenstundenschicht abgelehnt hat. Das bedeutet, daß in Zukunft die Arbeitszeit verlängert werden soll.** Wenn Waldhecker sagte, daß die Arbeitsgemeinschaften in den drei Jahren ihres Bestehens noch nicht das hätten leisten können, was von ihnen verlangt wird, so sage er, daß gerade sie die Schuld tragen, daß uns die Revolution nicht mehr gebracht habe. Sechs Tage nach dem Novemberumsturz wurde **die Arbeitsgemeinschaft von den Führern hinter dem Rücken der Arbeiter gegründet und damit planmäßig den Arbeitern die revolutionären Errungenschaften geraubt.** Die drei Jahre Arbeitsgemeinschaft hätten folgendes Ergebnis gehabt:

Höhere Dividenden denn je für die Unternehmer, größeres Elend denn je für die Arbeiterschaft.

Die Arbeitsgemeinschaften haben letzten Endes auch zum Niedergang des Wirtschaftslebens geführt. Mit ihrer Hilfe wurden in den Reichsbetrieben die reaktionären Verwaltungen, Geheimräte und Offiziere auf ihren Posten belassen, die sich wohl auf den berühmten „neuen Standpunkt" stellten, sich aber um die Anordnungen und Anregungen der Betriebsräte und Gewerkschaften nicht im mindesten kümmerten. Sie setzten den alten bureaukratischen Schlendrian fort und „bewiesen" dann den damaligen sozialdemokratischen Ministern, daß die Werke nur mit großem Zuschuß arbeiten könnten. Die Folge waren große Massenentlassungen, speziell der linksstehenden Betriebsräte und Arbeiter. So haben die Arbeitsgemeinschaften die Sabotage der herrschenden Klasse begünstigt.

Die Arbeitsgemeinschaften tragen auch ein groß Teil von Schuld an der Zersplitterung und Spaltung der Gewerkschaften. Die Erfahrung hat gezeigt, daß in der Epoche der steigenden Teuerung die Arbeiterschaft immer wieder gezwungen war, ohne Rücksicht auf die bestehenden Tarife Lohnforderungen zu stellen. **Gehen in ihrem Kampf um die Existenz die Arbeiter über den Rahmen des Tarifvertrags hinaus, dann kommen sie zur Freude der Unternehmer in Konflikt mit den Gewerkschaften.** Diese erklärten den Streik für einen „wilden" und die maßlose Erbitterung der Arbeiterschaft ist zum Schaden der Gewerkschaften da. Auch dort, wo die Gewerkschaften in derartigen Konflikten letzten Endes gezwungen sind, den Streik selbst in die Hand zu nehmen, wie jetzt z. B. in Waldenburg, zeigt sichs dann, daß der Klassenkampf gehemmt und die Arbeiterschaft geschädigt ist.

Daß sich andererseits die Unternehmer, wenn sie die Macht haben, absolut nicht an die Abmachungen der Arbeitsgemeinschaft und auch nicht an die Entscheidungen der sogenannten sozialen Behörden halten, beweisen neben vielem anderen die Zustände in der Kaliindustrie. Die Unternehmer werden sich niemals fügen, wenn es sich um konsequent sozialistische Maßnahmen handelt. Der Hamburger Senator Petersen, ein führender Demokrat, hat das in einer Wahlversammlung in Tilsit einem sozialdemokratischen Redner gegenüber mit folgenden Worten zum Ausdruck gebracht:

„Die Sozialisierung kommt nicht und selbst dann nicht, wenn sie die Mehrheit im Parlament haben. Wir werden uns mit den Waffen in der Hand mit unseren heutigen Feinden von rechts gemeinsam zur Wehr setzen, wenn man uns unser Eigentum nehmen wird."

Wenn Waldhecker und Hue den Bolschewisten zum Vorwurf machen, daß sie Verträge mit englischen und amerikanischen Kapitalisten abgeschlossen hätten, so vergessen sie zu sagen, daß gerade die Politik der Rechtssozialisten, die Arbeitsgemeinschaften und Harmonie mit dem Kapital in Deutschland, die russischen Revolutionäre zu ihren Konzessionen gegenüber dem Kapital gezwungen hätten. Der feige Vorwurf falle daher auf die Hue und Genossen zurück.

Der Redner schloß mit den Worten: Zur Durchführung des Sozialismus gehört Macht. Diese werdet ihr nicht erreichen mit dem Stimmzettel, auch nicht durch die Klassenharmonie und Arbeitsgemeinschaften, sondern durch die Schulung und Zusammenfassung der Hand- und Kopfarbeiter zu einer Einheitsfront gegen das Kapital, durch den Klassenkampf zum Sozialismus.

Husemann kann es natürlich nicht unterlassen, sofort nach Hellbrück das Wort zu nehmen und zu erklären, dessen Ausführungen wären nicht sein eigenes geistiges Produkt, sondern von dem Berichterstatter der kommunistischen Presse ausgearbeitet worden. Es sprachen dann noch Uhlmann, Glogau, der für die Arbeitsgemeinschaft ist, während Weingarten, Bayern, sagt, daß in vielen Versammlungen und Konferenzen die Mitglieder die Arbeitsgemeinschaften abgelehnt haben und daß die Ausführungen hier keine neuen Momente gebracht hätten, die die Delegierten von der Nützlichkeit der Arbeitsgemeinschaften überzeugt hätten. Als Beauftragte ihrer Mitglieder müßten sie daher gegen die Arbeitsgemeinschaften stimmen. Kompromisse mit den Kapitalisten laufen letzten Endes immer zum Schaden der Arbeiter aus.

Es sprechen dann noch Drescher-Gladbeck, Katlewa-Saarbrücken und Plewka gegen die Arbeitsgemeinschaften.

6. Verhandlungstag.

In der Diskussion über die Arbeitsgemeinschaften sprachen noch Plewka und Dresch, die sich gegen die Arbeitsgemeinschaften aussprachen und gegen die Einengung der Redefreiheit wie auch gegen die vorgekommenen Schiebungen bei der Wortmeldung protestierten. In der Abstimmung über die weitere Beteiligung an der Arbeitsgemeinschaft konnte der Antrag des Vorstandes nur mit Hilfe der Angestellten eine Mehrheit erzielen. Husemann erklärte nämlich, daß es sich um eine „taktische" Frage handle, und da wären laut Statut die Angestellten berechtigt, mit abzustimmen. Es bleibt also bei der arbeitsgemeinschaftlichen Taktik.

Interessant ist noch die Erklärung, die Umbreit bei der Abstimmung abgab. Er sagte: „Alle Gewerkschaften, die dem ADGB. angeschlossen sind, wären durch den Beschluß des Bundesausschusses an die Reichsarbeitsgemeinschaft angeschlossen. (Die Führer des ADGB. halten es demnach nicht für nötig, in einer so wichtigen Frage den Willen der Millionen von Gewerkschaftsmitgliedern festzustellen und demnach zu handeln. Für sie genügt der Beschluß einer Anzahl Verbandsvorstände, um im Namen von 8 Millionen Mitglieder zu reden und zu handeln. D. R.)

Den Bericht über den Gewerkschaftskongreß Nürnberg gab Becker, Gießen. Viel Neues ging aus diesem Bericht nicht hervor. Das einzige, was festzuhalten wäre, ist, daß auf der Nürnberger Tagung ein Betriebsrätegesetz verlangt wurde, das ganz anders ausgesehen hätte, als das nachher im Reichstag geschaffene und jetzt geltende Gesetz. Die Schuld hätten die Christlichen und Hirsch-Dunckerschen. Der Redner verschweigt, daß es vor allen Dingen die Führer der SPD. waren, die systematisch im Verein mit den bürgerlichen Parteien jeden nennenswerten Einfluß der Betriebsräte durch das Gesetz unmöglich machten.

Undeutsch gab den Bericht der internationalen Bergarbeiterkonferenz in Genf. Er beginnt seine Ausführungen mit einer Polemik gegen die Kommunisten. Die Verhandlungen in Genf hätten im Zeichen der internationalen Brüderlichkeit gestanden. Es wäre ein Antrag angenommen worden, künftig sich gegen jeden Krieg zu wehren. (Diese schönen Worte haben die Amsterdamer schon vor dem Kriege gebraucht.) In der Frage der Schichtzeit wäre keine Einigung zustande gekommen.

In der Diskussion verurteilt Plewka die Arbeitsgemeinschaft mit den Christlichen in Genf. Die 48-Stunden-Woche wäre durch die Deutschen durchbrochen worden. In den Ländern, wo die Gewerkschaften zum Machtfaktor geworden sind (England, Deutschland) kann man heute schon die Sechsstundenschicht einführen.

Die Entsendung von Delegierten auf den Moskauer Gewerkschaftskongreß wird abgelehnt, während ein Antrag, der dem Vorstande die Blankovollmacht für seine Tätigkeit gegen Moskau gibt, angenommen wurde. Weiter wurde ein Antrag angenommen, daß aus Verbandsmitteln weder der „Roten Hilfe" noch direkt an Geschädigte in der Märzaktion Gelder bezahlt werden dürften.

Ueber die Sozialisierung des Bergbaues sprach Hue. Er konnte den Bankrott seiner Sozialisierungspolitik trotz allen schönen Reden nicht vertuschen. Aus seinen Ausführungen ging klar hervor daß alles fast wörtlich so eingetroffen ist, wie die revolutionär gesinnten Arbeiter voraussagten. Hue hält die Vollsozialisierung noch nicht für möglich. Sozialisierung ohne Entschädigung wäre gegen die Verfassung, auf deren Boden er stehe. Pathetisch schloß Hue mit den Worten: „Für das Volk, in dessen Adern unser Blut rollt, wollen wir gerne mehr arbeiten, aber für die Kapitalisten, die Dividendenschlucker — nein!"

Das waren die Worte — Arbeiter achtet auf die Tat.

In der Diskussion gab Becker eine Schilderung von der Wirtschaftslage des Lahngebiets. **13 Erzgruben arbeiten nur 3 Tage in der Woche, 500 000 Tonnen Eisenstein liegen auf den Halden, trotzdem wurden von 6 Hochöfen einer Firma 4 ausgeblasen.** In der weiteren Debatte wird die traurige Wirtschaftslage der verschiedenen Bezirke geschildert, doch die Vorschläge, die gemacht werden, bewegen sich in rein kapitalistischen Gedankengängen.

Arbeiter, Genossen!

Sammelt Briefmarken

und schickt sie nach der „Schlesischen Arbeiterzeitung", Breslau, Nikolaistr. 49/50.

Eure Genossen im Gefängnis haben Hunger!

•

Genossen!

Was habt Ihr zu tun in den Ortsgruppen?

Ihr habt Eure Organisation umzustellen auf die Grundlage des Zehnersystems!

Breslauer Nachrichten

Archalsky u. Co.

In der „Volkswacht" vom Montag, den 6. 6. 21, findet es der Herr Michalsky für notwendig, das, was wir und die „Rote Fahne" über ihn der Oeffentlichkeit mitgeteilt haben, zu bestreiten. Der Händedruck der Minister in Berlin ist ihm so in die Krone gestiegen, daß er schreibt: der Bezirksparteileiter und die Bezirksleitung hätten beschlossen, wenn es nicht gegen die Leitsätze der Partei verstößt, seiner Wiederaufnahme nichts in den Weg zu legen. Erstens hat eine Bezirksparteileitung zu dieser Zeit nicht getagt, zum anderen beschäftigt sich die Bezirksleitung nicht mit Leuten, die aus ihrer Parteizugehörigkeit persönlichen Vorteil ziehen wollen. Es geht Herrn Michalsky wie anderen Leuten, die aus ihrer Vergangenheit nichts hören wollen und alles bestreiten, auch wenn sie überführt sind. Der „Volkswacht" überlassen wir es gern, unsauberen Subjekten den Raum für ihr Geschmiere zu überlassen. Wie sie auf die Unachtsamkeit ihrer Leser reist, geht daraus hervor, daß sie als Ueberschrift schreibt: „Kommunisten unter sich", wo Michalsky in der Notiz selbst feststellt, daß er der V.K.P.D. nicht angehört.

Zum Waldenburger Streik

Die gesamte bürgerliche sozialdemokratische Presse freut sich und teilt triumphierend mit, daß die kommunistischen Hetzer im Bergrevier verhaftet sind. Diese Aasgeier täuschen sich aber. Es sind verhaftet mehrere Mitglieder der neuen von den Arbeitern gewählten Zentralstreikleitung. Darunter sind Arbeiter der S.P.D., der U.S.P.D., der V.K.P.D.

Diese Verhaftungen wird den Arbeitern, die den Mehrheitsbonzen noch immer nachlaufen, die Augen öffnen.

Sie werden erkennen die Richtigkeit dessen, wenn die Kommunisten sagten, geht nicht in die Betriebe, bevor Ihr nicht Eure Forderungen bewilligt erhalten habt. Ihr Bergarbeiter werdet sehen, daß Ihr um die Euch ab 1. Juli versprochene Lohnerhöhung erneut kämpfen müßt.

Darum rüstet zu neuem Kampf!

Aus der Provinz

Der Schrei nach der „Sipo!"

Die „Schlesische Bergwacht", das Organ der Sozialdemokraten und der Gewerkschaftsbürokraten enthüllt wieder einmal offen ihre heiße Liebe zur Arbeitsgemeinschaft, zum Austragen aller Kämpfe in wirtschaftsfriedlicher Weise.

Vor und während dem Streik hat dieses menschewistische Organ versteckt auf der dritten Seite die Bekanntmachungen der Verbandsleitung gebracht. Die „Bergwacht" hat nichts getan, um die Schlagkraft, die Opferfreudigkeit und den Glauben an die Richtigkeit und die Notwendigkeit des Streikes zu fördern. Die Bergwacht hat sich selbst entmannt, indem sie nachbetete, was die Bonzen des Bergarbeiterverbandes diktierten.

Als sich die Bergleute mit Recht gegen den Befehl ihrer Bonzen, die Arbeit ohne Erfolg wieder aufzunehmen, wandten, ward die „Bergwacht" die erste, die zum Rückzug blies. In der Nummer vom Mittwoch, den 8. Juni, verschwendet dieses Unternehmerorgan die ersten zwei Seiten, um den weiterstreikenden Bergleuten in den Rücken zu fallen.

Die „Bergwacht" erklärte einfach, die Unzufriedenheit der Bergleute und das Beiseiteschieben der Bonzen werde zu einem neuen Putsch führen, in dem die Kommunisten ihre Parteisuppe kochen wollen. Die „Bergwacht" wünscht, daß der „milde Streik", den sie und ihre Bonzen heraufbeschworen haben, zu einem **Zusammenstoß mit den Staatsgewalten führen werde.**

Die Bergleute werden sich durch dieses Herbeirufen der Sipo durch die Sozialdemokraten und Bonzen nicht irre machen lassen. Sie werden in eiserner Disziplin ihren wirtschaftlichen Kampf zum guten Ende führen.

Die Waldenburger Kommunisten denken nicht daran, den blödsinnigen Prophezeiungen der „Bergwacht" zu folgen, zu kämpfen „für die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats". Die Kommunisten wissen bloß, daß der Verrat der Menschewisten den indifferenten Massen des Grubenproletariats die Augen öffnen wird. Die Einsicht wird kommen, daß letzten Endes nicht mit den Mitteln der Arbeitsgemeinschaft und der formalen Demokratie die Frechheit der Unternehmer gebrochen wird, **sondern mit den schärfsten Mitteln des Klassenkampfes.**

Die „Bergwacht" entrüstet sich darüber, daß die Bergleute ihre reaktionäre Streikleitung, die den Befehl zum Rückzug gegeben hat, zum Teufel gejagt hat. Sie bezeichnet es als eine **„echt russische Bolschewistentaktik"**, wenn die Bergleute verlangen, daß der Streik weitergeführt wird von Kameraden, die direkt von den Belegschaften gewählt wird.

Diese Leute, die dauernd jammern wie alte Weiber über die strafte Disziplin innerhalb der Kommunistischen Partei, die brällen über die Moskauer Diktatur, finden es als selbstverständlich, daß ihre Verbandsleitung, die in Bochum sitzt, befiehlt über 60 000 Arbeiter. Nach ihrer Meinung haben sich die Arbeiter der „alten, bewährten Verbandsleitung zu fügen". Die Arbeiter haben Disziplin zu halten, sie haben sich zu fügen, selbst wenn sie offenkundig verraten werden.

Die Bergleute in Waldenburg werden sich diesem Kadavergehorsam nicht fügen, sie werden ihn abschütteln.

Die Waldenburger Bergleute werden den Schwindel über angebliche Terror- und Putschabsichten der Kommunisten erkennen als das, was er in Wirklichkeit ist: das Verlangen der Sozialdemokraten und Bonzen nach der Sipo, nach der technischen Nothilfe. **Mit Hilfe dieser „Staatsgewalten" wollen die Menschewisten den Streik abwürgen, um sich dann als Aasgeier, als „Retter" der Arbeiter aufzuspielen.**

Waldenburger Arbeiter! Erkennt diese eure Freunde und gebt ihnen den schon so lange verdienten Fußtritt.

Erkennt, daß dieser Kampf ausgefochten werden muß, wollt ihr nicht mit euren Kindern in noch größere Not und noch größeres Elend gestürzt werden.

An die Arbeitslosen Schlesiens!

Wer hat im kapitalistischen Staat Mitleid mit den ausgemergelten Leibern der Erwerbslosen, wer ein Einsehen mit der trostlosen wirtschaftlichen Lage der Arbeitslosen? Niemand kümmert sich um den Notstand dieser Ausgestoßenen, dieser Recht- und Hilflosen.

Ach, wer fragt danach, ob die klägliche Unterstützung ausreicht zur Befriedigung der einfachsten Bedürfnisse des nackten Lebens?

Die Gewerkschaften machen große Versprechungen, von denen sie aber auch nicht den hundertsten Teil halten.

Die Regierung zerbricht sich nur den Kopf, wie sie den „armen" Unternehmern helfen kann, für die Erwerbslosen ist nie etwas übrig.

Und die in Arbeit stehenden Brüder, ach, die haben morgen schon vergessen, daß sie heute arbeitslos waren und es vielleicht übermorgen schon wieder sein können.

Die Arbeitslosen bleiben sich immer selbst überlassen.

Sie mögen sich selbst helfen, sei es auch in höchster Verzweiflung mit unproletarischen Mitteln.

Niemand kümmert sich um das Elend und den großen Jammer derer, die seit Monaten und länger ohne Arbeit sind.

Plötzlich aber findet man auf einmal wieder den Weg zu den Arbeitslosen. Ach, da versteht man zu lächeln und freundlich zu sein. Kaum wieder zu erkennen sind die feindlichen Brüder von gestern.

„Das Vaterland ist in Gefahr!" ruft man klagend.

Ihr Erwerbslosen sollt das Vaterland retten!

Dasselbe Vaterland, das euch als Aussätzige behandelt hat, das nie etwas von euch wissen wollte, sollt ihr jetzt auf einmal als eure Heimat ansehen. Mit euren ausgehungerten Leibern sollt ihr das Vaterland schützen.

Man wirbt euch an und schickt euch nach Oberschlesien. Dort gibt man euch ein Gewehr und Patronen und bezahlt euch mit ein paar lumpigen Papierscheinen.

Feine Damen lächeln euch entzückt zu, feine Herren drücken euch wie euresgleichen die Hand. Wieder schwätzt man von dem einigen Volk, in dem es keine Unterschiede geben könne.

Und was tut ihr, Arbeitslose?

Tausende von euch sind schon auf den Schwindel hereingefallen, Tausende von euch liegen bereits in Oberschlesien im Schützengraben und schießen auf den „Feind".

Hunderte liegen aber auch schon irgendwo tot unter der Erde und ebenso viele mit zerschossenen Knochen irgendwo in einem Bauernhaus oder in einem Lazarett.

Was wird denn aus euch, wenn ihr der Bourgeoisie wieder einmal die Kastanien aus dem Feuer geholt habt?

Man wird euch morgen nicht mehr kennen. Man wird euch wieder allein lassen in eurem Elend, das nur noch größer geworden ist.

Und wenn ihr auch lacht über uns, weil wir euch für so dumm halten, wenn ihr auch sagt, daß ihr ein zweites mal nicht wieder so dumm sein und die Waffe nicht eher aus der Hand geben wollt, bis man euch auf Heller und Pfennig den „Dank des Vaterlandes" gezahlt hat, so ist das auch nur eine sehr gefährliche Illusion.

Arbeitslose, ihr werdet die Betrogenen sein!

Gerade durch eure Unterstützung wird die Reaktion nur noch stärker werden, und sie wird uns eines Tages allesamt an die Wand pressen.

Mit dem, was ihr jetzt tut, beseitigt ihr eure wirtschaftliche Not nie und nimmer.

Ihr verteidigt nur die Geldschränke der Kapitalisten!

Euch schmeißt man wieder auf den Misthaufen, sobald man euch nicht mehr braucht.

Gebt euch doch keinen Illusionen hin!

Auf diesem Wege kommt ihr nie zum Ziel. Damit verwischt ihr nur die Klassengegensätze und verstopft den Radikalisierungsprozeß in den Köpfen der indifferenten Arbeiter.

Ihr schadet nur euch selbst!

Alles was bisher durch Aufklärung erreicht wurde, reißt ihr wieder ein. Der Glaube an Arbeitsgemeinschaft und Burgfriede bekommt durch das, was ihr jetzt tut, nur neue Nahrung.

Ihr stärkt die Reaktion und schwächt die Revolution!

Nein, Erwerbslose. Euer Platz ist nicht bei den Orgeschstudenten und Hakenkreuzlern.

Ihr seid Söhne des Proletariats und könnt nicht mit euren Todfeinden in einer Front kämpfen.

Nicht mit und für, nein, gegen Orgesch müßt ihr kämpfen.

Laßt euch nicht von Orgesch anwerben.

Glaubt den Werbelügnern nicht.

Ihr sollt nur Geldschränke verteidigen.

Das ist nicht eure Heimat, die euch hungern läßt.

Wenn ihr kämpfen wollt, kämpft für die Revolution.

Nieder mit Orgesch!

Nieder mit der weißen Front!

Aufruf

an die arbeitende Jugend,

an die gesamte Arbeiterschaft Schlesiens.

Zum zweiten Mal ist der Bezirksverband Schlesien der Kommunistischen Jugend Deutschlands zu einer Tagung zusammengetreten, um der proletarischen Jugend Weg und Ziel zu zeigen für ihren Befreiungskampf. Unaufhaltsam wird das gesamte Proletariat hinabgestoßen in immer größeres Elend, immer schrecklichere Not. Den Leiden am meisten preisgegeben ist die Jugend des Proletariats, die bisher nur schwachen Widerstand der täglich härteren Frohn der Ausbeutung durch Grubenherren und Industriebarone entgegenzusetzen vermag. Statt des 6-Stunden-Arbeitstages bereitet man die gesetzliche 54-Stunden-Arbeitswoche für die jugendlichen Arbeiter vor. Statt Arbeit für die erwerbslosen Jungproletarier hetzt man die Orgeschwerber auf sie los, um sie für wenige Judasrillinge als die Landsknechte des Kapitals zur Niederringung des Proletariats zu kaufen. Täglich werden von unseren Ausbeutern neue Fesseln geschmiedet, um uns als billige Arbeitskräfte, um uns zur Auspressung für die Lasten der „Wiedergutmachung" gefügig zu halten.

Jugendgenossen und -genossinnen! Wir müssen uns endlich zu gemeinsamer Abwehr zusammenfinden und den Kampf selbst aufnehmen.

Erwachsene Arbeiter! Ihr müßt uns dabei unterstützen, Ihr müßt mit uns gemeinsam dabei kämpfen, wenn wir uns wehren gegen die Verlängerung unserer Arbeitszeit, weil die Verlängerung der Arbeitszeit der Jugend auch den Raub Eures Achtstundentages bedeutet; weil der Mißbrauch der arbeitslosen Jugend zu dem Soldknechtsdienst beim Kapital sich gegen Euch alle richtet!

Nur unsere gemeinsame Front vermag den Angriffen des Kapitals zu widerstehen. Wir dürfen nicht wie die „Arbeiter-Jugend" und die Gewerkschaftsführer von Gesetzespetitionen die Besserstellung der Lage der arbeitenden Jugend erwarten. Wir müssen in den Gewerkschaften und Betrieben kämpfen für die Einsetzung aller proletarischen Kräfte zur Erreichung

des Sechsstundentages, statt Verlängerung der Arbeitszeit für jugendliche;

einer ausreichenden Entlohnung für alle Lehrlinge und jugendliche Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen;

für die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß;

für die Sammlung der gesamten proletarischen Jugend in der Kommunistischen Jugendorganisation, um sie für den Kampf des gesamten Proletariats durch Aufklärung und mutiges Vorwärtsschreiten bei jedem Kampf der Arbeiterschaft zu befähigen.

Es lebe die kämpfende, die Kommunistische Jugend.

Breslau, den 29. Mai 1921.

Bezirkskonferenz der Kommunistischen Jugend Schlesiens.

Verantw. Redakteur: Fritz Sommerfeld, Berlin. — Verlag: Soz.-Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Felix Wolf, GmbH., Berlin S. 14.

Heizt der Orgesch gründlich ein,
Das sie läßt das Räubern sein.

•

„Kein Student noch Orgeschmann
Durch Schlesien mehr fahren kann"
Das sei eure Losung, weil
Sonsten ihr kriegt arge Keil!

Achtung! Wo?
kauft man neue und gebrauchte Möbel, sowie ganze Einrichtungen zu billigsten und verteilhaftesten?
Bei H. Klugo,
Neumarkt 12, nur 1. Etg.

Möbel billiger!
Wichtig für
Brautpaare!!

2tür. Schrank, mod.	435
2tür. Vertiko m. Spiegel	485
1 Tisch m. Schublade	135
2 Stühle à 45 paar	90
2 Betten m. Pat.-Matr. a. K.	820
1 Kücheneinr. 7 teil., mod.	330
Alles zus. Mk.	2595

M. Giesel
Breslau — Brüderstrasse 23

Die besten und billigsten Anzüge
vollständig außer Konkurrenz
Zwischenhandel ausgeschlossen, da Selbstherstellung
bekommen Sie nur **Nikoleistraße 48** am Königsplatz
im neu eröffneten Herren-Bekleidungs-Haus
Große Auswahl in fertigen, modernen Anzügen
Inh. Hermann Paretzke

Achtung! Kriegsopfer! Achtung!
Große öffentliche
Versammlung
f. Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Kriegsteilnehmer
Dienstag, den 14. Juni 1921, 7 Uhr abends
im Schlesierdorfer
Karl Tiedt, Berlin spricht über:
Das Problem der Kriegsopfer in der Beleuchtung der Weimarer Einigungskonferenz aller Verbände.
/ / Kriegsopfer erscheint in Massen! / /
Alle Organisationen sind eingeladen.
Internationaler Bund der Kriegsopfer
Ortsgruppe Breslau.